Breslauer Zeitung.

Vierteljähriger Abonnementspreis in Breslau 2 Thlr., außerhalb incl. Porto 2 Thlr. 15 Sgr. Insertionsgebühr für den Raum einer fünftheiligen Zeile in Petitschrift 1¼ Sgr.

Expedition: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Post-Anstalten Bestellungen auf die Zeitung, welche Sonntag und Montag einmal, an den übrigen Tagen zweimal erscheint.

Nr. 576. Mittag-Ausgabe. Achtundvierzigster Jahrgang. — Verlag von Eduard Trewendt. **Montag, den 9. December 1867.**

Deutschland.

O. K. C. Landtags-Verhandlungen.

Berlin, 7. December.

12. Sitzung des Hauses der Abgeordneten.

Eröffnung 10¾ Uhr. Am Ministertisch Frhr. v. d. Heydt, Graf Eulenburg und zahlreiche Commissare.

Die Vorberathung des Staatshaushaltes wendet sich dem Etat der Häuser des Landtags zu. Der Etat des Herrenhauses (40,210 Thlr.) wird genehmigt, nur wünscht Abg. v. Vincke (Minden), daß wie das bei dem Etat des Abgeordnetenhauses geschehen sei, auch das Gehalt das Boten und Huissiers des Herrenhauses im nächsten Etat erhöht werde.

Zu dem Etat des Abgeordnetenhauses (251,920 Thlr., 51,920 Thlr. mehr als im v. J.) bemerkte Abg. Dr. Becker, daß die erheblichen Veränderungen, die er zeige, auf der Vermehrung der Zahl der Abgg. und den Vorschlägen des Präsidiums beruhe. „Besonders muß ich auf die üble Lage aufmerksam machen, in welche die Berichterstatter der Presse durch den Umbau des Saales gerathen sind. Die Journalistenloge ist an derselben Stelle geblieben, während Präsidium und Rednertribühne um eine Strecke verlegt sind. So klein dieselbe auch ist, ist das doch den Journalisten bemerklich geworden und man vermag nur sehr unvollkommen den Verhandlungen von dort zu folgen. Hoffentlich wird die Regierung diesen Uebelstand verbessern, da dieser Saal auch als Sitzungslocal für das Zollparlament benutzt werden wird.

Abg. Graf Schwerin: Ich vermisse nur einen Vorschlag, wie es besser zu machen. Die einzige Möglichkeit wäre noch die Verlegung der Journalistentribüne an die Stelle der Herrenhausloge.

Abg. Dr. Becker: Jedenfalls müsse man die Journalistenloge etwas niedriger legen, mit dem Vorschlage des Vorredners sei er auch einverstanden.

Abg. Heise: Auch die Herrenhausloge muß gut gelegen sein. Eine schlechte Lage der Herrenhausloge wäre noch viel bedauerlicher als schlechte Plätze für die Journalisten (Widerspruch und Gelächter).

Abg. v. Hennig: Die Herrenhausloge, die fast noch einmal so groß sei, als die im Herrenhause den Abgeordneten eingeräumte, sei nie vollständig besetzt und ihre Verlegung nach der Tribüne A. würde sich daher empfehlen.

Abg. Graf Schwerin: es sei ein großer Unterschied zwischen dem Anhören und dem Nachschreiben der Verhandlungen; dem Herrenhause würde durch die Verlegung kein Unrecht geschehen.

Abg. v. Vincke (Minden): Auf die Kleinheit unserer Loge im Herrenhause kommt es hier nicht an; daraus würde nur folgen, daß das Herrenhaus mehr von uns lernen kann, als wir von ihm (Heiterkeit).

Abg. v. Mitschke-Collande: Bei einiger Unruhe im Hause ist es selbst im Saale nahe an der Tribüne unmöglich, die Redner zu verstehen. Ruhe im Hause wäre auch für die Journalisten wichtig.

Ein Antrag liegt nicht vor, der Etat wird genehmigt.

Es folgt der Etat des Staatsministeriums (Bureau: 83,700 Thlr., darunter 31,000 Thlr. Dispositionsfonds für allgemeine politische Zwecke, im Ganzen 4950 Thlr. mehr als im vorigen Jahr; Staats-Archive: 34,025 Thlr. General-Ordens-Commission: 115,900 Thlr.; 1300 Thlr. mehr als im vorigen Jahr; Geheimes Civil-Cabinet: 23,700 Thlr., 3100 Thlr. mehr als im vorigen Jahr; Ober-Rechnungs-Kammer: 131,440 Thlr., 2200 Thlr. mehr als im vorigen Jahr; Ober-Examinations-Commission: 970 Thlr., Disciplinarhof: 1240 Thlr.; Gerichtshof zur Entscheidung der Competenzconflicte: 2400 Thlr. — Im Ganzen 393,375 Thlr.)

Zu dem Etat der Staatsarchive beantragt Abg. Dr. Karsten: die Regierung aufzufordern, die dänische Regierung zur schleunigen Erfüllung der von derselben im Wiener Frieden vom 30. October 1864 Art. XX. übernommenen Verpflichtung zur Auslieferung der Schleswig-Holsteinschen Landesarchive zu veranlassen, sowie demnächst auf die Einrichtung des Schleswig-Holsteinschen Landesarchives in den Herzogthümern Bedacht zu nehmen.

Abg. Kantak: Was wird denn nun endlich aus dem Provinzial-Archiv für das Großherzogthum Posen?

Reg.-Commissar Geh. Rath Duncker: Die Beschlußfassung über diese Frage steht in nächster Zeit bevor, und wird die Würdigung dieser Sache eine ganz unbefangene sein, da die deutsche Bevölkerung der Provinz dabei ebenso interessirt ist als die polnische.

Abg. Grumbrecht: Unter den 15 im Etat angesetzten Archivarstellen befinden sich allein drei für die Provinz Hannover. In Hannover sind früher diese Stellen oft nur besetzt worden, um Personen zu besolden, die zu ganz anderen Zwecken verwendet wurden, wie der Staatsrath Zimmermann und Dr. O. Klopp, die beide honorirt wurden für Dienste, die wahrscheinlich den Archiven keinen Nutzen gewährt haben. Steht Herr Onno Klopp noch auf diesem Etat und sollen die drei Archivarstellen für Hannover künftig beibehalten werden?

Reg.-Commissar Duncker: Die Archive in den neuen Landestheilen erfordern allerdings mehr Ausgaben als in den alten, 1867: 12,860, resp. 21,875 Thlr. Indeß sind die Ansätze für die alten sehr niedrig, und außerdem konnte man doch die Beamten der neuen nicht ohne Weiteres fortschicken. Für 1868 sind für die alten Provinzen 22,000 Thlr., für die neuen 12,000 Thlr. angesetzt. Die vom Vorredner genannten Personen sind nicht mehr Beamte des Staates. Die Kosten der Archive Hannovers können vielleicht durch Vereinigung der Archive zu Osnabrück, Hildesheim, Aurich und Stade mit dem zu Hannover verringert werden, eine bedeutende Verminderung ist indeß nicht zu erwarten, da die vielen Arbeiten nothwendig wenigstens drei fest angestellte Beamte verlangen.

Abg. Karsten: Der Art. 20 des Wiener Friedensvertrages bestimmt, daß von Dänemark alle diejenigen Actenstücke, die sich auf die laufenden Geschäfte beziehen, sowie diejenigen Archivalien, die aus Schleswig-Holstein allmälig in das Kopenhagener Geheimarchiv von den Dänen versetzt worden sind, wieder ausgeliefert werden. Ueber diejenigen Actenstücke, die für beide Theile, für Dänemark und für Schleswig-Holstein, von Interesse sind, sollen gütliche Verhandlungen stattfinden. Bis jetzt sind nur die auf die laufenden Geschäfte bezüglichen Actenstücke herausgegeben worden. Es ist zu fürchten, daß die dänische Regierung ebenso zu verfahren beabsichtigt, wie mit den Documenten für die norwegische Geschichte. Trotzdem Dänemark seit 1814 dieselbe Verpflichtung gegen Norwegen übernommen, hat es bis heute nicht ein einziges wichtiges Actenstück herausgegeben. Sollte Dänemark gegen uns dieselbe Zähigkeit entwickeln, die wir kennen, ja lieben, so werden wir zu Repressalien greifen.

Reg.-Commissarius Duncker bemerkt, daß dieser Antrag die Competenz der Archivverwaltung überschreitet und dem auswärtigen Ministerium übergeben werden müsse.

Abg. Windthorst spricht für reichere Dotirung und gegen die Vereinignng der hannoverschen Archive.

Abg. Miquel: Die Veröffentlichung der Schätze der Archive sei nur möglich, wenn die Archivare sich weniger mit der äußeren Instandhaltung des Archives als mit der historischen Ausbeutung desselben zu beschäftigen hätten. Deshalb sei eine Vermehrung des Personals sowie Erhöhung der Gehälter derselben nur zu begrüßen. Ein Normalgehalt von 1000 Thlr. für einen Archivar reiche nicht aus.

Der Finanzminister verspricht, alle in dieser Hinsicht geäußerten Wünsche zur Kenntniß des Minister-Präsidenten zu bringen.

Abg. v. Hennig: Eine Verminderung des Personals sei unthunlich, da auch der norddeutsche Bund der Ordnung der Archive und den archivalischen Veröffentlichungen seine Aufmerksamkeit zuwende.

Regierungs-Commissar Duncker: Die Regierung wird auf jede derartige Anregung achten, mag sie von diesem hohen Hause oder vom Reichstage ausgehen. Die Vereinigung der verschiedenen hannoverschen Archive wird deshalb in's Auge gefaßt, weil dieselben vereinzelt nicht in genügender Sicherheit sind.

Abg. Miquel: Mit sehr mäßigen Remunerationen würde man leicht Männer, die sich für die Geschichte interessiren, für die Verwaltung der Archive an Ort und Stelle finden.

Der Antrag Karsten wird mit allen gegen die Stimmen der beiden dänischen Abgeordneten angenommen.

Zu dem Etat der General-Ordens-Commission nimmt das Wort der Abg. Lauenstein: Für Ordensinsignien sind 12,000 Thlr. mehr angesetzt als 1867, ohne daß die Vertheilung von Ordenszeichen vermehrt werden soll. Es wurden 1864—66 58,636, 37,429 und 77,689 Thlr. für diesen Zweck verausgabt, trotzdem waren in dem letzten Etat nur 12,000 Thlr. ausgesetzt; wenn die Position jetzt auf 24,000 Thlr. erhöht wird in der Absicht, diese Summe nicht zu überschreiten, so würde damit eine erhebliche Beschränkung der Ordensverleihungen eintreten müssen.

Regierungs-Commissar Geh.-Rath Wagener: Was die etwaige Beschränkung der Ordensverleihungen betrifft, so wird diese Frage nicht von dieser Stelle aus entschieden. Die Jahre 1864—66 können hierbei allerdings nicht maßgebend sein, da zwei Kriege die Thätigkeit der Commission mehr als sonst in Anspruch nahmen, und jede Landesvertretung kann sich Glück wünschen, wenn sich Veranlassung bietet, Ehrenzeichen in so großer Zahl zu vertheilen. Ich hoffe, daß die nothwendige Vermehrung des Personals um so weniger auf Widerstand stoßen wird, als die höheren Beamten der Commission ihr Amt unentgeltlich versehen und man ihnen daher wenigstens alle untergeordneten Büreauarbeiten abnehmen muß.

Abg. Dr. Virchow: Ich finde es natürlich, wenn man für die damalige Zeit Hilfskräfte heranzog; warum man aber auch noch für die Zukunft, für welche doch eher eine Verminderung als Vermehrung der Geschäfte zu erwarten steht, drei neue Stellen nöthig zu haben glaubt, verstehe ich um so weniger, als doch wohl eine Saturation des Ordensbedürfnisses für das nächste Decennium eingetreten sein wird. (Heiterkeit.)

Reg.-Commissar Wagener: Die Thätigkeit, die der Commission im vorigen Jahre zugefallen, ist keine einmalige, sondern eine dauernde; für die im vorigen Jahre vertheilten Denkmünzen sind 560,000 Certifikate auszufertigen. Ob durch eine Saturation des Ordensbedürfnisses die Geschäfte sich künftig vermindern werden, wage ich kaum zu behaupten. Ziehen Sie noch die Erweiterung des Geschäftsumfanges in Erwägung, die durch die Vergrößerung des Staatsgebietes herbeigeführt wird, so werden Sie die Forderung nicht unbillig finden.

Die Besoldung für die drei neuen Stellen wird hierauf bewilligt.

Bei dem Etat für das Geh. Civil-Cabinet wird auf den Antrag des Abg. Lesse die Bewilligung der Besoldung für einen Geh. Cabinetsrath ausgesetzt. Zur Motivirung zweier neuer Registratorstellen à 1200 Thlr. bemerkt der Abg. Lauenstein, daß die Gnadengesuche an den König so zugenommen hätten, daß man das Civil-Cabinet fast als eine Gnadeninstanz bezeichnen könne.

Der Finanzminister: Mit der Vergrößerung des Staatsgebiets hat sich der Umfang der Geschäfte des Civil-Cabinets nicht blos durch die Vermehrung der Gnadengesuche, sondern auch der Petitionen, namentlich aus den neuen Provinzen, so erweitert, daß die Creirung der beiden Registratorstellen dadurch vollkommen gerechtfertigt wird.

Das Haus spricht die Genehmigung aus und nimmt die Etats der Oberrechnungskammer, der Ober-Examinations-Commission und des Disciplinarhofes ohne Debatte an.

Zu dem Etat des Debits der Gesetzsammlung beantragt Abg. Reichensperger, daß das Bundesgesetzblatt dem preußischen Gesetzblatte als unentgeltliche Beilage beigefügt werde. Das letztere, als die officielle Quelle alles dessen, was in Preußen Gesetz sei, müsse auch die Gesetze enthalten, die für den Bund gelten. Da man den Beamten die Zwangspflicht zum Abonnement auferlege, müsse man denselben auch die Gesetze in ihrer Vollständigkeit geben, zumal in den neuen Provinzen das Zwangsabonnement nicht eingeführt werde.

Der Minister des Innern wird den Antrag berücksichtigen, das Haus tritt ihm bei und genehmigt diesen Etat, sowie den der Verwaltung des Jahdegebietes ohne Debatte.

Es folgt der Bericht der Geschäftsordnungs-Commission über die Erklärung der Abg. Krüger und Ahlmann wegen Ableistung des Eides auf die Verfassung unter Verwahrung der Rechte Nordschleswigs auf Abstimmung in Gemäßheit des Art. V. des Prager Friedensvertrages.

Der Antrag der Commission geht bekanntlich dahin:

Das Haus wolle beschließen: 1) die von den Abgg. Krüger und Ahlmann eingelegte Verwahrung bei Ableistung des Eides auf die Verfassung für unstatthaft zu erklären; 2) sie zur bedingungslosen Ableistung des vorschriftsmäßigen Eides auf die Verfassung durch das Präsidium vor die Schranken des Hauses laden zu lassen; 3) im Falle ihres nicht entschuldigten Ausbleibens oder Verweigerung der unbedingten Eidesleistung sie nicht für legitimirt zu erachten, einen Sitz im Hause einzunehmen, und die Regierung aufzufordern, eine Neuwahl im 1. und 2. schleswig-holsteinschen Wahlbezirk zu veranlassen.

Referent Abg. Wagener (Franzburg): Die beiden Abgeordneten, deren Wahlen an sich zu keinem Bedenken Veranlassung gegeben, haben in der Commission ihren Vorbehalt aufrecht erhalten. Ihre Motivirung beruhte auf der irrigen Voraussetzung, daß sie thatsächlich noch nicht definitiv in den preußischen Staatsverband aufgenommen seien, und sie beriefen sich hierbei auf den Prager Frieden. Die Ansicht der Majorität der Commission ging dahin, daß die Nordschleswiger überhaupt gar nicht berechtigt seien, aus einem Vertrage Rechte in Anspruch zu nehmen, bei welchem sie selbst nicht als Contrahenten betheiligt seien; aber selbst wenn ihre Auffassung berechtigt wäre, so lasse der Prager Frieden die Grenzlinie ganz unbestimmt, so daß man nicht wisse, welchen Theilen ein solches Recht zugestanden werden könne. Eine solche Verwahrung sei mithin unzulässig, da nur die Eigenschaft als preußischer Staatsbürger das Recht gebe, in das Haus gewählt zu werden. Ein Präcedenzfall liege aus dem Jahre 1850 vor, wo Abgeordnete aus der Provinz Posen sich weigerten den Eid zu leisten, und ihr Mandat deshalb niederlegten; dann wiedergewählt wollten sie ebenfalls nur mit Vorbehalt schwören, wurden aber vom Präsidenten auf die Unzulässigkeit eines solchen Verfahrens hingewiesen. — Die Majorität glaubte ferner den Eid als einen integrirenden Bestandtheil der vom Hause zu prüfenden Legitimation betrachten und dem letzteren daher das Recht zuerkennen zu müssen, nicht genügend legitimirte Mitglieder durch eine Neuwahl ersetzen zu lassen.

Abg. Krüger (Hadersleben) (verliest seine Rede): Die vorliegende Schwierigkeit ist nicht durch uns, sondern durch den Vertrag geschaffen worden. Erst nach der Volksabstimmung gehören die alsdann preußisch bleibenden Landestheile rechtsverbindlich zu Preußen, und wir glaubten uns deshalb dagegen verwahren zu müssen, daß wir durch Ableistung unseres Eides dieses Recht unserer Landsleute aufgeben.

Abg. Ellissen: Der Präcedenzfall von 1850 trifft hier nicht zu, da Posen seit vielen Jahren bereits ein integrirender Theil des preußischen Staates ist. Die Nordschleswiger glauben in dem Prager Frieden eine völkerrechtliche Garantie dafür zu haben, daß ihnen die Entscheidung über ihre Staatsangehörigkeit selbst überlassen bleiben soll; wenn sich das Abgeordnetenhaus auch nicht in der Lage befindet, diese Ansicht zu vertreten und das Verfahren der beiden Abgeordneten anzuerkennen, so muß ich doch, wenn ich mich auf einen objectiven Standpunkt stelle, ihr Verhalten als correct und patriotisch anerkennen.

Abg. Meyer (Tondern) (vom Platze): Ruf im Hause: Tribüne! Tribüne! Redner geht jetzt auf die Tribüne, ist aber in Folge dessen auf der Journalistentribüne schwer verständlich): Als Vertreter eines der nördlichsten Districte von Schleswig protestire ich gegen die vom Abg. Krüger ausgesprochene Behauptung, daß es der Wunsch Nordschleswigs im Allgemeinen wäre, wieder mit Dänemark vereinigt zu werden). (Beifall). In dem Districte, in dem ich gewählt bin, haben selbst einzelne Dänen nicht für den dänischen, sondern für den deutschen Candidaten gestimmt. In der Stadt Hadersleben, der nördlichsten Stadt Schleswigs, sind unter 33 Wahlmännern 20 Deutsche und 13 Dänen gewesen; ebenso ist das Verhältniß in vielen andern Städten; wenn man auch wohl hin und wieder dänische Sympathien trifft, so ist doch entschieden die Majorität der Einwohner von Nordschleswig deutsch gesinnt (Beifall).

Abg. Twesten (vom Platze): Ich verkenne keineswegs die Schwierigkeiten, die für die Abgeordneten Ahlmann und Krüger aus dem Verhältnisse entspringen, daß sie zur Zeit zwar Unterthanen des preußischen Staates sind, aber die Hoffnung hegen, aus diesem Verhältnisse bald wieder befreit zu werden und in einen anderen Staatsverband überzugehen. Wir können es aber nicht dulden, meine Herren, daß aus dieser Hoffnung einiger gegenwärtiger Mitbürger von uns falsche Schlüsse gezogen werden. Der Abg. Krüger hat die Sache so dargestellt, als ob der dänische Theil der nordschleswigschen Bevölkerung ein vertragsmäßiges Recht habe, wieder auszutreten. Das ist nicht richtig. Der Prager Frieden ist nur geschlossen worden zwischen Oesterreich und Preußen; Niemand anders hat aus dem Vertrage ein Recht erworben, als Oesterreich; dieser Staat allein hat das Recht, auf der Ausführung des Prager Friedens zu bestehen. Nach dem Prager Frieden nun soll die Abtretung eines Theiles von Nordschleswig erfolgen, falls die überwiegende Mehrheit der betreffenden Bevölkerung es wünscht; die näheren Modalitäten darüber sind aber nicht festgestellt; auch Dänemark hat kein Recht dazu, die Ausführung zu verlangen. Die Abtretung kann auch nicht durch einen bloßen Act der preußischen Staatsregierung erfolgen, sondern es müssen Verhandlungen mit Dänemark vorhergehen, um die Bedingungen der Abtretung festzustellen. Es handelt sich dabei nicht blos um die Feststellung der Grenzen, sondern es sind dabei gleichzeitig festzustellen die Rechte und Pflichten der Einwohner derjenigen Districte, die zurückgegeben werden sollen. Preußen hat die Pflicht, dafür zu sorgen, daß die Angehörigen der deutschen Nation sichergestellt werden gegen jede Bedrückung. Sollten Dänemark und Preußen sich nicht darüber einigen können, so hat nur Oesterreich das Recht, darüber gehört zu werden, ob es trotzdem auf der Ausführung des Vertrages beharrt oder in irgend eine andere Feststellung willigen will. Das ist aber kein Act, der augenblicklich nach Abschluß des Friedens erfolgen konnte.

Durch den Friedensschluß sind aber unzweifelhaft und augenblicklich sämmtliche Einwohner von Schleswig-Holstein preußische Staatsangehörige geworden, und werden es so lange bleiben, bis sie definitiv abgetreten sind. Bis zu diesem Augenblicke haben sie unzweifelhaft sich den preußischen Gesetzen in jeder Beziehung zu unterwerfen. Ich verkenne nicht, daß dies eine schwierige Sache ist und eine Gewissensfrage werden kann für die Männer, welche wünschen, einem anderen Staate anzugehören, wenn sie durch die heilige Handlung des Eides sich an den preußischen Staat binden sollen, von dem sie wünschen, gelöst zu werden. Das ist aber ihre Sache, ob sie sich fügen wollen; wir müssen daran festhalten, daß sie zur Zeit Angehörige unseres Staates und den Gesetzen desselben unterworfen sind, diesen Gesetzen müssen sie sich fügen, vor allen Dingen in diesem Hause. Sie können auf keinen Fall Theil nehmen an dem Acte der Gesetzgebung, an dieser wichtigsten Staatshandlung, wenn sie nicht für diese Zeit ohne Vorbehalt und ohne Bedingung sich als Mitglieder des Staats betrachten und allen daraus entstehenden Pflichten sich fügen. Verweigern sie also, den verfassungsmäßigen Eid ohne jeden Vorbehalt zu leisten, so schließen sie sich selbst aus diesem Hause aus. (Beifall.)

Der Schluß der Debatte wird angenommen.

Abg. v. Diest (zur Geschäftsordnung): Daß das Haus sehr nachsichtig gegen diese Herren ist, müssen sie schon daraus ersehen, daß der Herr Präsident die zu billigende Nachsicht gehabt hat, den Abg. Krüger eine so lange Auseinandersetzung vorlesen zu lassen. (Unruhe links.)

Präsident v. Forckenbeck: Nach der Geschäftsordnung hat jedes Mitglied, das der deutschen Sprache nicht völlig mächtig ist, das Recht, seine Rede zu lesen; wenn ich dies gestattete, war es also keine specielle Nachsicht, sondern die stricte Beobachtung der Geschäftsordnung. (Beifall links.)

Abg. v. Diest: Ich habe vom Abg. Krüger den Eindruck empfangen, als ob er der deutschen Sprache vollkommen mächtig wäre. (Unruhe links.)

Der Antrag der Geschäftsordnungs-Commission wird mit allen Stimmen gegen die der Abgg. Krüger, Ahlmann und Ellissen angenommen. — Der Präsident erklärt, daß er die Abgg. Krüger und Ahlmann nunmehr auf Montag zur Eidesleistung ausdrücklich vorladen werde.

Es folgt der dritte Gegenstand der Tagesordnung: Mündlicher Bericht der Finanz-Commission über den Gesetzentwurf, betr. die Stempelsteuer für Kalender.

Die §§ 1 und 2 der Vorlage lauten:

§ 1. Die Stempelsteuer von den für das Jahr 1869 und für die folgenden Jahre erscheinenden ausländischen Kalendern ist nach den für inländische Kalender vorgeschriebenen Steuersätzen zu entrichten. § 2. Im Geltungsbereich des Stempel-Gesetzes vom 7. März 1822 ist die Stempelsteuer von Kalendern forlan ohne Unterschied zwischen Luxus- und Volks-Kalendern nur nach den für Volkskalender bestimmten Steuersätzen zu erlegen.

Die Commission hat das Gesetz aber folgendermaßen amendirt:

„§ 1. Die Stempelsteuer von den für das Jahr 1869 und die folgenden Jahre erscheinenden Kalendern ist ohne Unterschied zwischen inländischen und ausländischen und zwischen Volks- und Luxus-Kalendern nach folgenden Steuersätzen zu errichten:

für Kalender in Quart, Oktav und Duodez, ingleichen Schreib-Kalender . . . .

für Kalender in kleineren Formaten wie auch Tafel-Kalender

§ 2 fällt fort."

Vom Abg. Dr. Engel wird im Laufe der Debatte das Amendement gestellt: „dem § 1 des Gesetz-Entwurfs dahin zu fassen. Die Stempelsteuer, einschließlich der Verlegergebühr für die Kalender-Materialien, beträgt von den für das Jahr 1869 und die folgenden Jahre erscheinenden Kalendern, ohne Unterschied der Ausstattung, des Umfangs, des Formats und des Herstellungs-Landes, Einen Silbergroschen pro Stück."

Hierzu stellte Abg. v. Benda das Sousamendement: Zu diesem Amendement die Worte „einschließlich der Verlegergebühr für die Kalender-Materialien" zu streichen.

Mit Beginn der Debatte über dies Gesetz verläßt fast die ganze rechte Seite des Hauses den Saal; die Zurückbleibenden aber sind so unruhig, daß es unmöglich ist, auf der Journalistentribüne selbst die sonst laut und deutlich sprechenden Redner genau zu verstehen.

Ref. Abg. Duncker: Bis zum Jahre 1822 war die Fabrication von Kalendern ein Monopol des Staats. Mit Aufhebung des Monopols wurde durch das Gesetz vom 7. März 1822 als Ersatz für das Monopol eine Stempelsteuer eingeführt, die für inländische Volkskalender in Quartformat 3 Sgr., in Octav 2, in kleinerem Format 1 Sgr., für inländische Luxuskalender 5 Sgr.; für auswärtige Kalender jedoch das Doppelte dieser Sätze bestimmte. Durch königl. Verordnung vom 5. Juli d. J. ist dies Gesetz nun auch in die neuerworbenen Landestheile eingeführt worden, jedoch mit der Aenderung, daß bei der Höhe der Steuer kein Unterschied mehr zwischen Volks- und Luxus-Kalendern gemacht wird, sondern die Versteuerung aller inländischen Kalender nach den für Volkskalender bestimmten Steuersätzen erfolgt. Der vorgelegte Gesetzentwurf soll nun auch den Unterschied zwischen in- und ausländischen Kalendern beseitigen. In den der Regierungsvorlage beigegebenen Motiven heißt es darüber:

Die Heranziehung der ausländischen Kalender zu dem Doppelten der Steuersätze für inländische Kalender hat nur noch die Bedeutung eines fast prohibitiv wirkenden Schutzes gegen die ausländische Concurrenz, dessen die inländischen Verleger nicht bedürfen, und dessen Fortdauer den jetzigen wirthschaftlichen Anschauungen und insbesondere den Beziehungen zu den verbündeten deutschen Staaten nicht entsprechen würde. In financieller Hinsicht erscheint die Beseitigung der höheren Besteuerung ausländischer Kalender völlig unbedenklich, da in den letzten drei Jahren in den altländischen Provinzen durchschnittlich 360 Thlr. für die Stempelung ausländischer Kalender aufgekommen sind, während der Ertrag der Stempelsteuer von inländischen Kalendern sich auf 80,000 Thaler belaufen hat.

Die Kalender für das Jahr 1868 sind zum größten Theile schon erschienen, auch ausländische Kalender für 1868 bereits nach den höheren Steuersätzen versteuert. Es empfiehlt sich deshalb, die Gleichstellung der letzteren mit den inländischen Kalendern, wie im Gesetz-Entwurfe geschehen, erst bei den für 1869 erscheinenden Kalendern (deren Ausgabe in der ersten Hälfte des nächsten Jahres vorbereitet wird) in Anwendung zu bringen, um auch den inländischen Verlegern Zeit zu gewähren, etwa nöthig scheinende Rücksichten auf die bevorstehende Aenderung vorzunehmen.

In der Commission wurde noch das Motiv hinzugefügt, das nach Artikel 33 der Bundesverfassung diese Beschränkung den norddeutschen Bundesregierungen gegenüber überhaupt nicht mehr durchführbar ist." — Die Finanzcommission hat sich nun sehr eingehend mit der Frage beschäftigt. Es wurde dabei ausgesprochen, daß es überhaupt nicht rathsam sei, eine solche Steuer zu erheben, die einen verhältnißmäßig geringen Ertrag liefert, und doch eine sehr große Belästigung für den Verkehr und das Publikum hervorruft. Durch den Kalenderstempel wird eine Vertheuerung der volksthümlichen Literatur hervorgerufen und damit die Verbreitung dieser Literatur und damit die Volksbildung selbst, bedeutend verhindert. Auch die Herausgeber werden dadurch sehr belästigt; in Folge der zur Herausgabe nöthigen Steuer-Caution ist ein größeres Betriebscapital nöthig; es wird also auch die Production der Kalender gehemmt. Die Mehrheit der Commission war in Folge dessen darin einig, daß, wenn irgend möglich, die Stempelsteuer ganz beseitigt werde. Da der

Regierungs-Commissar jedoch erklärte, daß die Regierung hierauf in finanziellem Interesse nicht eingehen könne, beschränkten wir uns auf den Vorschlag die Stempelsteuer für **alle** Kalender **ohne** Unterschied auf 1 Silbergroschen zu ermäßigen. Aber auch dieser Antrag wurde mit 9 gegen 9 Stimmen abgelehnt. Redner erörterte nun die für und wider vorgebrachten Gründe, ist aber bei der zunehmenden Unruhe des Hauses trotz seiner lauten Stimme nicht verständlich. Schließlich empfahl er den oben mitgetheilten Commissions-Antrag.

Reg.-Commissar **Burckhardt** erklärte, daß die Regierung dem Commissions-Antrage zustimme und empfahl dessen Annahme, während er das Amendement Engel sowohl aus finanziellen als sachlichen Gründen bekämpfte. In letzterer Beziehung führte er namentlich aus, daß die „Verleger-Gebühren für Kalender-Materialien" in gar keinem Zusammenhange mit der Kalendersteuer stehen, deshalb diese Frage auch gar nicht in das vorliegende Gesetz gehöre.

Abg. v. **Benda** bittet, trotzdem das Amendement Engel anzunehmen, da man dadurch einem dringenden Bedürfniß entgegenkomme.

Abg. **Glaser** befürwortet aus finanziellen Gründen den Commissions-Antrag.

Abg. Dr. **Engel** motivirt in einem sehr eingehenden, mit ausführlichem statistischem Material und der aktenmäßigen Darstellung der ganzen Kalendergesetzgebung ausgestatteten Vortrage sein Amendement und hält dasselbe, trotz der Ausführungen des Regierungs-Commissars, in seinem ganzen Umfange, auch in Betreff der Verlegergebühren für Kalendermaterial (Kalendarium, Jahrmarktsverzeichniß &c.) aufrecht. — Das Haus ist jedoch sehr unaufmerksam, die Mitglieder verlieren sich immer zahlreicher im Saale; nur eine kleine Gruppe von vielleicht 40 Abgeordneten umsteht den Redner und beweist durch abwechselnden Beifall und Heiterkeit, daß derselbe ganz interessante Mittheilungen machen muß. Bis zur Journalisten-Tribüne dringt aber nicht ein Wort davon.

Der **Präsident** verliest jetzt das oben mitgetheilte Sousamendement Engel und stellt dasselbe zur Unterstützung. Nur etwa zehn Mitglieder erheben sich.

Präsident v. **Forckenbeck**: Das Amendement ist nicht ausreichend unterstützt. (Stimmen durcheinander: Ja! Nein! Wir haben es gar nicht verstanden! Noch einmal abstimmen! Noch einmal verlesen!)

Präsident v. **Forckenbeck** (scheinbar etwas aufgebracht über die Unaufmerksamkeit des Hauses): Ich habe laut und deutlich gesprochen, wie immer; wenn das Haus aber so unruhig ist, so kann sich **Niemand** verständlich machen, auch nicht der Präsident.

Das Amendement wird darauf nochmals verlesen und nunmehr ausreichend unterstützt.

Abg. v. **Patow**: Die Rede des Abg. Engel enthielt eine Menge Mittheilungen aus amtlichen Actenstücken und war theilweise sehr interessant, stand aber nur in sehr losem Zusammenhange zur Entscheidung der vorliegenden Frage. Die Verlegergebühren für Kalendermaterialien haben mit der Stempelsteuer gar nichts zu thun; zu ihrer Aufhebung gehört ein besonderes Gesetz. Durch die Annahme des Amendement Engel würde aber ein so großer finanzieller Ausfall in den Staatseinnahmen entstehen, daß durch die zu erwartende erhöhte Produktion resp. Consumtion der Kalender der Ausfall nicht so schnell gedeckt werden würde. Das Haus hat aber von jeher an dem durchaus richtigen Grundsatze festgehalten, daß es nicht in der Lage sei, eine Verringerung der Einnahmen herbeizuführen, wenn nicht trotzdem das Gleichgewicht im Staatshaushalt aufrecht erhalten bleibt. Auf dieses abschüssige Terrain dürfen wir uns nicht begeben, die Kalendersteuer ist keine erfreuliche und auch ich wünsche, sie ganz abzuschaffen, wenigstens aber auf 1 Sgr. zu ermäßigen. Dafür aber werden wir Gelegenheit finden bei der allgemein als nothwendig erkannten Reform unserer ganzen Stempelgesetzgebung, die nach dem Anschluß der neuerworbenen Provinzen doppelt dringend geworden und hoffentlich bald vorgenommen werden wird.

Reg.-Commissar **Burckhardt** empfiehlt noch einmal die Ablehnung des Amendements.

Die General-Discussion wird geschlossen.

Zu § 1 befürwortet Abg. **Engel** nochmals sein Amendement, doch bleibt er unverständlich.

Das Amendement des Abg. v. **Benda** wird abgelehnt, das des Abg. **Engel** desgleichen, und zwar, wie die Zählung ergiebt, mit 167 gegen 171 Stimmen. (**Dafür** stimmten die Liberalen, mit einzelnen Ausnahmen, u. a. Roepell, **dagegen** die Conservativen und Altliberalen. Unter lautem Murren der Rechten wird **namentliche Abstimmung** beantragt und das Amendement Engel mit 173 gegen 168 Stimmen noch einmal **abgelehnt**, dagegen § 1 der **Commissionsvorlage angenommen**; desgleichen das ganze Gesetz.)

Während der namentlichen Abstimmung wird das Haus erleuchtet. Um 3½ Uhr trägt Abg. **Heise** auf Vertagung an, da die Luft im Hause nicht wohl erträglich sei. (Abg. v. Vincke: Sehr wahr!) Das Haus beschließt aber noch, die auf der T.-O. stehenden **Wahlprüfungen** zu erledigen und es werden mehrere Wahlen genehmigt.

Um 3¾ Uhr bemerkt Abg. v. **Bonin**, daß das Referat der 3. Abtheilung etwa 1½ Stunden in Anspruch nehmen werde. Mit Rücksicht darauf, daß die Luft im Hause (+ 22° R.) nicht besser geworden und auf die vorgerückte Zeit beantragt er Vertagung und das Haus tritt seinem Vor- [illegible]

Nächste Sitzung Montag 10 Uhr (Vereidigung der noch nicht vereidigten Abgeordneten, Etat des Ministeriums der auswärtigen Angelegenheiten, der Finanzen und des Handels).

Berlin, 7. Dec. [**Amtliches.**] Se. Majestät der König hat dem Staatsminister Grafen **zur Lippe** den rothen Adlerorden erster Klasse mit Eichenlaub verliehen; den Ober-Bergrath Eduard Carl **Lindig** zu Berlin zum Geheimen Bergrath und vortragenden Rath im Ministerium für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten ernannt, sowie dem zur Zeit commissarisch bei dem Ministerium für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten beschäftigten Ober-Bergrath **Credner**, und dem ehemaligen Ober-Bergrath **Lorsbach** zu Essen den Charakter als Geheimer Bergrath verliehen; den Stadtrichter **Engelbrecht** zu Königsberg i. Pr. zum Stadtgerichts-Rath daselbst ernannt; den technischen Hilfsarbeitern bei der Bau-Abtheilung des Ministeriums für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten, Bau-Inspectoren **Gärtner** und **Sonntag** zu Berlin, den Charakter als Baurath, und dem Factor Ferdinand **Schulz** zu Glashütte bei Baruth den Charakter als Commissions-Rath; sowie dem Huf- und Waffenschmiede Jacob **Florkowski** zu Graudenz das Prädikat eines königlichen Hof-Huf- und Waffenschmiedes verliehen.

Berlin, 7. Dec. [**Se. Majestät der König**] nahmen heute die Vorträge des Militär- und Civil-Cabinets entgegen und empfingen den General-Lieutenant und commandirenden General des 11. Armee-Corps, v. Plonski.

Gestern fand bei den königlichen Majestäten im Palais ein größeres Diner statt, dem Ihre königl. Hoheiten der Kronprinz und die Kronprinzessin beiwohnten und zu welchem die Botschafter Sr. Majestät des Kaisers der Franzosen und Ihrer Majestät der Königin von England geladen waren.

[**Se. königl. Hoheit der Kronprinz**] nahm am Vormittage des gestrigen Tages, des 6. d. Mts., militärische Meldungen entgegen. Gegen 4 Uhr empfing Höchstderselbe den Schiffsbaumeister Eggert und den Musik-Director a. D. Reichardt. Abends erschienen Ihre königl. Hoh. der Kronprinz und die Kronprinzessin in der Oper. (St.-Anz.)

[**Militär-Wochenblatt.**] v. **Treskow**, Rittm. von der Cav. des 1. Bats. (Posen), 1. Pos. Landw.-Regts. Nr. 18, früher Pr.-Lt. im 2. Schles. Drag.-Regt. Nr. 8 und Adjut. der 15. Cav.-Brig., im stehenden Heere, und zwar als Rittm. und Esc.-Chef im Schleswig-Holsteinschen Ulanen-Regiment Nr. 15, wieder angestellt. Bar. v. d. **Goltz**, Ober-Lieut. und Abth.-Commdr. in der Garde-Art.-Brig., zu Führung des Hannov. Feld-Art.-Regts. Nr. 10, in Vertretung des erkrankten Obersten **Roth**, commandirt. v. **Kriegsheim**, Oberst a. D., zuletzt Insp. der 2. Pion.-Insp., mit seiner Pens. und der Ing.-Unif. zur Disp. gestellt.

[**Der Kriegsminister v. Roon**] wird, nach der „B. Mont.-Z.", sein Portefeuille nicht wieder übernehmen. Auch wenn er, wie zu hoffen, genesen aus dem Süden Europa's zurückkehrt, wird er um Enthebung von seinem Posten nachsuchen, die im Grunde durch den längeren Urlaub schon angedeutet ist. Das Nervensystem des Herrn v. Roon ist durch die aufreibende Thätigkeit der letzten Jahre so zerrüttet, daß z. B. der bloße Anblick von Geschriebenem ihm peinlich wird.

[**Auf Anregung des Cultusministers**] hat der Bundeskanzler an die norddeutschen Regierungen die Einladung zur Beschickung einer Conferenz von **Schulmännern** ergehen lassen, welche gegen Ende dieses Jahres hier stattfinden soll und den Zweck hat, die Anerkennung der erlangten höheren Schulbildung und der davon abhängigen Folgen für den Staatsdienst gemeinschaftlich zu berathen und festzustellen. Hierbei sollen die seit längerer Zeit in Preußen bestehenden Anforderungen als maßgebend zu Grunde gelegt werden.

[**Der Wirkl. Geh. Rath v. Frankenberg-Ludwgsdorf,**] erster Vice-Präsident des Herrenhauses, hat zur Feier des heutigen Tages, wo er, wie bereits bemerkt, vor 60 Jahren in königlichen Dienst getreten, das Großkreuz des rothen Adlerordens erhalten.

[**Die welfische Waschfrau in Hannover,**] die wegen legitimistischer Demonstrationen vor einigen Monaten nach Minden gebracht wurde, erhält, wie der „Trib." ein Abgeordneter aus Hannover versichert, vom König Georg ein Jahrgehalt von 100 Thlr. auf Lebenszeit.

[**Frau Helene von Racavitza, geb. Dönniges,**] bekannt durch das Lassalle'sche Duell, hat sich mit dem Schauspieler Herrn **Friedmann**, Mitglied unseres königl. Hoftheaters, verlobt.

O. C. [**Das erste Verzeichniß der brim Abgeordnetenhause eingegangenen Petitionen**] weist 125 Nummern nach. Davon sind überwiesen: der Petitions-Commission 36, der Agrar-Commission 4, der Handels-Commission 10, der Finanz-Commission 17, der Justiz-Commission 28, der Gemeinde-Commission 26, der Unterrichts-Commission 1, der Budget-Commission 2. Unter diesen Petitionen befinden sich mehrere um Einführung der **Civilehe**, um Emancipation der Kirche vom Staate und der Schule von der Kirche, verschiedene für und gegen die **Gewerbefreiheit**, mehrere um Aufhebung der Schuldhaft; 13 Petitionen bitten um Erlaß einer neuen Kreis- und Gemeinde-Ordnung, verschiedene um Erlaß des in der Verfassung versprochenen **Schulgesetzes**. — Mehrere Städte petitioniren um die Heranziehung der königlichen Bank-Comptoire und Commanditen zur Communalsteuer; mehrere Invaliden bitten um Erhöhung der Invaliden-Pension, mehrere Einwohner aus der Umgegend von Idstedt um Kriegsentschädigung für die durch die Schlacht von Idstedt 1850 erlittenen Verluste. — Das Vorsteher-Amt der Kaufmannschaft zu **Königsberg** bittet um Hebung der Nachtheile auf diplomatischem Wege, die noch immer für den Handelsverkehr mit Rußland bestehen. — Mehrere Petitionen bitten um endliche Gleichstellung der Juden in jeder Beziehung, ein Petent bittet um bessere Einrichtung und ausgedehntere Verbreitung der stenographischen Berichte des Hauses; mehrere Subaltern-Beamten bitten um Gehaltsverbesserung.

[**Erklärung der Regierung über Kreis- und Gemeinde-Ordnung.**] Die Erklärungen des Regierungs-Commissarius gegenüber den Petitionen, betreffend die **Reform der Kreis- und Provinzial-Ordnung**, sowie der ländlichen Polizei und den Erlaß einer **Gemeinde-Ordnung** lauten nach dem Commissionsbericht: „Die Staatsregierung sei nicht abgeneigt, auf dem Gebiete des Gemeindelebens die Wünsche der Volksvertretung in Erwägung zu ziehen, und auch bereit, die Gemeindeverfassung, sobald hierzu ausreichendes Material vorliege, einer Revision zu unterwerfen und dabei diejenigen Abänderungen zu treffen, die durch ein wirkliches Bedürfniß bedingt werden sollten. — Die Staatsregierung habe indessen jedes Vorgehen auf diesem Gebiete bisher unterlassen, einerseits, weil durch die organisatorischen Geschäfte des laufenden Jahres ihre Arbeitskräfte hinlänglich in Anspruch genommen wurden, und andererseits, weil sie der Meinung sei, daß zuvörderst die Fortbildung der Kreisverfassung, die das Fundament des politischen Gemeindelebens bilde, abgewartet werden müsse, bevor mit legislativen Maßnahmen auf dem Gebiete der Gemeinde-Verfassung vorgegangen werden könne. — Ueberdieß seien der Staatsregierung bestimmte Angriffspunkte gegen die jetzt bestehende Gemeinde-Verfassung, abgesehen von dem Verlangen, den Gemeinden die Wahl ihrer Vorstände zu überlassen, nicht bekannt geworden. — Was die gutsherrliche Polizei anbetreffe, so sei auch hier die Staatsregierung nicht abgeneigt, die bessernde Hand anzulegen überall, wo sich ein Bedürfniß dazu herausstelle. — Dagegen scheine ihr keine Veranlassung vorzuliegen, mit einer Aufhebung oder Umgestaltung der gutsherrlichen Polizei vorzugehen, und sie werde sich hierzu nicht entschließen können, so lange ihr nicht die Ueberzeugung gewährt werde, daß die etwa vorzuschlagenden neuen Einrichtungen besser seien, als die bisher bestehenden." — Die Gemeinde-Commission hat trotzdem beschlossen, sämmtliche Petitionen der Staatsregierung mit der dringenden Aufforderung zu überweisen, **noch in dieser Session** der Landesvertretung den Entwurf einer neuen Kreis-Ordnung und einer Provinzial-Ordnung, sowie ein Gesetz wegen Aufhebung der gutsherrlichen Polizei vorzulegen. — Berichterstatter ist Abg. Dr. **Lette**.

[**Die vereinigten Ausschüsse des norddeutschen Bundesrathes**] für das Landheer und die Festungen sowie für Rechnungswesen versammelten sich heute zur Berathung in Angelegenheiten des Militär-Etats.

[**Der „Socialdemokrat"**] schreibt über sich: „Wir brauchen vor Allem ein Organ in der Presse als stetiges, gemeinsames Band im Innern, als beständiges Kampfmittel nach Außen. Die Vereinsgenossen haben bis jetzt in dieser Beziehung ihre Schuldigkeit nicht überall gethan. Wenn es damit nicht sehr schnell besser wird, werden wir nicht in der Lage sein, das Blatt fortzuführen. Weitere Opfer sind für uns eine Unmöglichkeit. Es ist richtig, daß das Abonnement in diesem Jahre sich verdoppelt hat; hatten wir zu Anfang des Jahres 600 Abonnenten, so haben wir jetzt, am Schlusse des Jahres, deren 1200. Aber erst mit etwa 2000 würde das Blatt die laufenden Kosten decken, wobei wir unsere eigene Mühe nicht in Berechnung bringen, und ebensowenig die Strafen, die wir beständig zu entrichten haben. Wir müssen durchaus erwarten, daß die Zahl von 2000 bald erreicht werde. Wenn nicht im kommenden Quartal mindestens die Hälfte der hieran fehlenden 800, also 400, neu hinzutreten, müssen wir davon abstehen, das Blatt, wenigstens in seiner bisherigen Form, fortzusetzen."

Hamburg, 6. Dec. [**Zollangelegenheit.**] Das hiesige Consulat der Republik Venezuela veröffentlicht im Auftrage seiner Regierung ein Decret derselben vom 6. November, demzufolge eine außerordentliche Erhöhung von 20 pCt. auf die Importzölle festgesetzt wird, ausgenommen den Zoll für Mehl, welcher unverändert bleibt.

In La Guayra und Puerto-Cabello beginnt die Erhöhung der Zölle auf alle von den Antillen und Nordamerika importirten Waaren am 15. December; in den übrigen Häfen von Venezuela am 31. December.

Für die europäischen Schiffe tritt der Beginn der Zollerhöhung erst am 15. resp. am 31. Januar ein.

Diese Zollerhöhung ist für die Dauer eines Jahres bestimmt, in den beiden dann folgenden Jahren soll eine Vergütigung von 10 pCt. auf die tarifmäßig zu erhebenden Zölle zur Ausgleichung eintreten.

Dresden, 8. Dec. [**Zur Begründung einer demokratischen Partei in Dresden**] fand gestern eine von Wigard berufene Volks-Versammlung statt. Von 400 Erschienenen erklärten sich 136 zur Betheiligung an den Versammlungen, welche monatlich einmal stattfinden sollen und zur Zahlung von monatlichen Beiträgen bereit. Wigard, Heubner, Petermann, Valteich und Walter werden in den Ausschuß erwählt. Nachdem Wigard einen Vortrag über die Demokratie und Schaffrath über die Wahlgesetzfrage in Sachsen gehalten hatte, wurde eine Resolution angenommen, worin die Wiedereinberufung der verfassungsmäßigen Volksvertretung nach dem Wahlgesetze von 1848 und Einberufung desgleichen allgemeinen Wahlrechts, mit geheimer Abstimmung gefordert wird, da der Wahlgesetz-Entwurf, welcher den gegenwärtigen Ständeversammlungen vorgelegt sei, einen sehr großen Theil des Volkes verletzt.

Wiesbaden, 5. Dec. [**Johannes Ronge.**] Gestern hielt Johannes Ronge einen Vortrag vor einer sehr zahlreichen Versammlung über die Nothwendigkeit einer deutschen Kirchenversammlung und Einführung einer zeitgemäßen, auf die Selbstständigkeit der Laien und Gemeinden begründeten kirchlichen Verfassung. Hierauf wurde eine Petition zu diesem Zwecke an das Abgeordnetenhaus verlesen. Dieselbe wird zur Unterzeichnung ausgelegt. Ein Comite von Männern verschiedener Confessionen wurde ernannt, die weiteren Unterzeichnungen in der Stadt zu besorgen. (F. J.)

München, 7. Dec. [**Die Führung der baierschen Stimme im Zollbundesrathe**] wird gutem Vernehmen nach dem baierschen Gesandten in Berlin übertragen werden.

München, 7. Decbr. [**Verlobung.**] Gutem Vernehmen nach hat sich Prinz Alexander von Oldenburg mit der Prinzessin Eugenie von Leuchtenberg verlobt.

Augsburg, 7. Dec. [**Die Conferenzfrage.**] Eine anscheinend officiöse Correspondenz der Augsburger „Allgemeinen Zeitung" aus Berlin meldet, daß die Cabinette von Berlin, Petersburg und London an der Ansicht festhalten, daß zur Beschickung der Conferenz die Vorlegung einer Basis für die Verhandlungen französischerseits durchaus nothwendig sei. Frankreich soll eine Vorberathung der betreffenden Ge

---

Arnstein.

Roman von Gustav vom See (G. v. Struensee).

Dritter Theil.

In Arnstein.

Achtes Capitel.

Neue Beunruhigung.

Wenn Hugo durch eine äußere Veranlassung zu einer ungewöhnlichen Thätigkeit gleichsam aufgerüttelt wurde, dann gab er sich derselben mit dem ihm innewohnenden Verlangen danach hin, einem Verlangen, welches er sich selbst niemals eingestand, in dessen Ertödtung und völliger Ableugnung er vielmehr die Verwirklichung seiner Lebensanschauung, und der daraus hervorgegangenen Grundsätze erblickte. Menschenverachtung und Stolz hatten ihm in seinem Schmerze und seinem Kummer Trost gebracht, er glaubte es wenigstens: sie hatten ihn gestählt gegen die Tücke und die Erbärmlichkeit der Menschen und ihn fest gemacht, im Kampfe gegen die Gewaltthätigkeit und gegen das Unrecht.

Er verachtete die Bestrebungen des Ehrgeizes und des Ruhmes, deren hohlen Kern in der äußeren glänzenden Schale er aus eigener Erfahrung kennen gelernt; er verachtete noch mehr das mühselige erniedrigende Treiben nach Reichthum und Gewinn, welchem er vermöge seines Charakters stets fern geblieben, das er aber aus denselben Gründen immer verachtet hatte. Das Angewiesensein auf die eigene Kraft und auf die eigene Entschlossenheit im Kampfe gegen die rohste Gewalt unter uncivilisirten Völkern hatte ihn hart und rücksichtslos gemacht und ihm in dem Schicksal seinen Hauptfeind erkennen lassen, gegen dessen Angriffe er immer gerüstet sein müsse. Die Gefahren, welche er bestanden, in welchen das Leben selbst nur durch stete Wachsamkeit und einen oft bis zur Tollkühnheit gesteigerten Muth zu erhalten gewesen war, hatten ihn für eine Zeit lang aus seiner eingebildeten Ruhe und Theilnahmlosigkeit aufgerüttelt, und die seinem Charakter in Wirklichkeit innewohnende nach Thätigkeit verlangende Unruhe wieder zur Geltung gebracht, jetzt war das aber vorüber und er sah in jeder wider seinen Willen eintretenden Störung einen gegen ihn verübten Gewaltact, der ihn mit innerer Erbitterung erfüllte.

Er verlangte nichts mehr von der Welt und den Menschen, weshalb verlangten diese etwas von ihm, und zogen ihn unaufhörlich in den Bereich unangenehmer und belästigender Ereignisse.

Er war vielfach mit Frauen in Berührung gekommen, mit Frauen der verschiedensten Art, der verschiedensten Anschauung und Erziehung; kalt und theilnahmlos, zuweilen nur wie von dem Eindruck eines schönen Bildes oder Gebildes berührt, war er an ihnen vorübergegangen, niemals hatte sein Herz für Eine derselben wärmer geschlagen und jene schwärmerische, glühende Leidenschaft der Liebe, von der es einst erfaßt gewesen, war zu einer, wenn gleich theuren, doch verblaßten Erinnerung für ihn geworden.

Mit solchen Erfahrungen, mit solchen trüben und verbitterten Anschauungen kehrte er in die Heimath und in die Gemeinschaft seiner Stammgenossen zurück, beseelt von dem festen Entschlusse, in völliger Abgeschiedenheit und fern von dem ihn anwidernden Treiben der Menschen, den Rest seines Lebens zu verbringen. Zu den vielen Selbsttäuschungen, denen er sich hingab, gehörte auch die Ueberzeugung, ein sowohl an Geist, wie an Herz, wenn auch noch nicht gänzlich abgestorbener, doch einem raschen Vergehen zueilender Mann zu sein.

Was der Mensch nicht wirklich ist, sondern sich nur einredet, oder einbildet zu sein, ist aber niemals seine wahre Gestalt, sondern nur eine Verkleidung, in welcher er umhergeht. Es giebt Niemanden, welcher nicht bemüht wäre, die Nacktheit seines Innern, seine schlechten und selbst seine guten Eigenschaften durch solche Verhüllungen anders darzustellen, als sie wirklich sind; dieselben Beweggründe, welche uns bestimmen und nöthigen, die Blößen unseres Körpers zu verdecken und mit den verschiedenartigsten und stets wechselnden Dingen zu behängen, walten auch bei der Toilette unseres Innern ob; sie ist ganz so der Mode, dem Klima, den in jedem Lande herrschenden Vorurtheilen und Anschauungen unterworfen, wie die Bekleidung unseres Körpers; aber, in den wichtigsten und entscheidendsten Momenten des Lebens reichen diese künstlichen Hüllen nicht aus, und — „die nackte Wahrheit", oder „die Wahrheit des Nackten", das heißt: der Mensch, wie er wirklich ist, nicht wie er sich oder Anderen vorspiegelt zu sein, kommen dann immer wieder allein zur Geltuug.

Deßhalb die Erfolge Derjenigen, welche in Wahrheit und auch unbekleidet schön, edel und nach dem Urbilde ihres Schöpfers gebildet sind und das spurlose Vergehen Derer, welche ihre Mißgestalt mit noch so bunten vor dem Winde dahinstäubenden Lappen behängen.

Weil Hugo sich mehr oder weniger selbst täuschte, weil er ebenfalls in einer Verkleidung und noch dazu in einer für ihn keineswegs vortheilhaften umherging, und weil er dabei zugleich diesen Dingen innerlich Feind war und sie verachtete, deshalb gestaltete sich nun doch fast Alles anders, als er es wollte und beabsichtigte.

Seine Zuneigung gegen die van der Maar, von kindlicher Liebe wenig verschieden, manches Kindes Liebe zu seinen Eltern sogar weit überragend, vermochte er auch in ihrer Aeußerung nicht zu unterdrücken. Es schien ihm ein Unrecht, ihr Wünsche zu versagen, die, wenn auch seinen Neigungen widersprechend, doch an sich gleichgiltig waren. Deshalb die Reise zu seinen Verwandten, die er sonst nie gemacht hätte, die Folge davon, die Einladung Alicens mit ihrer Mutter. Es war dies durchaus keine logische oder nothwendige Folge, vielmehr wieder ebenfalls eine gegen seine Absicht eingetretene, ein Act der Dankbarkeit, dem er sich nicht entziehen konnte, nichts weiter, aber immerhin ein vollständiges Abweichen von dem vorgesteckten Ziele; am meisten vielleicht das stete innere Beschäftigen mit jenem jungen Mädchen, welches außer seiner großen Schönheit und anziehenden geistigen Lebendigkeit, zugleich eine entschlossene Seele und eine wunderbare herrliche Stimme besaß. — Was kümmerte ihn das, dem mit dem Leben abgeschlossenen Manne, weshalb dachte er so viel an sie, und kam zu der Ueberzeugung, daß er sehr thöricht und übereilt gehandelt, sie und ihre Mutter nach Arnstein einzuladen.

Dann diese gänzlich verfehlte Waldeinsamkeit. Schien es doch, als ob der Zufall es in neckischer Weise förmlich darauf abgesehen habe, einer Stelle, wo bisher das scheue Rothwild ungestört seine Morgen- und Abendmahlzeiten gehalten, und welche er zur beschaulichen Einsamkeit gewählt, zum Schauplatze allerlei außergewöhnlicher Ereignisse zu machen. Am Tage Besuch von fremden Herren und Damen, und des Nachts eine Razzia auf Mörder und Diebe, wie im griechischen Guerillakriege.

Morgen, dachte er weiter, während er rasch vor dem Einnehmer und den die Kasse tragenden beiden Dienern der Hütte zuschritt, morgen wird es wahrscheinlich wieder sehr lebhaft hier werden. Ich will mich aber diesem Treiben entziehen und hinüber nach Arnstein — nein, nicht nach Arnstein, setzte er heftig hinzu, — hinaus in den Wald gehen und dort den ganzen Tag über bleiben. Ich werde überhaupt diese Wirthschaft hier aufgeben und — lieber dennoch in das Ausland reisen.

Die Sonne war inzwischen aufgegangen. Laßt mich nochmals

sandten der Großmächte vorgeschlagen haben. Nach Berlin sei über diesen Plan noch nichts gemeldet worden, doch erscheine derselbe nicht unwahrscheinlich. Was den Umstand betreffe, daß der norddeutsche Bund nicht zur Conferenz eingeladen sei, so hänge das allerdings damit zusammen, daß Frankreich den Bund noch nicht anerkannt habe; doch erscheine diese Thatsache erst in ihrem wahren Lichte, wenn man erwäge, daß das Bundespräsidium es nicht für nothwendig halte, die Anerkennung eher anzuregen, als die Regelung des Bundesgesandtschaftswesens erfolgen werde.

Oesterreich.

Wien, 7. Dec. [In der heutigen Sitzung des Unterhauses] wurde die Regierungsvorlage, betreffend die Vermehrung der Münzscheine von 12 auf 15 Millionen gegen äquivalente Einzahlung von Staatsnoten dem Finanzausschuß überwiesen. — Das Haus verwarf die Aenderungen, welche das Herrenhaus an den Gesetzen, betreffend die Vollzugsgewalt der Regierung vorgenommen hatte, indem die Bestimmungen über das Recht des Kaisers, Gesandte zu entsenden, als nicht in dies Gesetz gehörig erklärt wurden. Ebenso wurde die Bestimmung, welche das Herrenhaus bezüglich des Briefgeheimnisses in das Gesetz über die Staatsbürgerrechte aufgenommen hatte, verworfen. — Auch die wesentlichen Abänderungen, welche das Herrenhaus im Verfassungsentwurf beschlossen hatte, wurden abgelehnt; dagegen erhielten die Entwürfe betreffend die richterliche Gewalt und das Reichsgericht sowie das Delegationsgesetz in der vom Herrenhaus beschlossenen Fassung die Genehmigung des Hauses.

Die „Abendpost“ dementirt alle Gerüchte, betreffend die Aufhebung der Militärgrenze.

Wien, 7. Dec. [Gegen das Concordat.] Der Abgeordnete Mühlfeld überreichte im Abgeordnetenhause eine Adresse von den Einwohnern Wiens, welche 46,324 Unterschriften trägt und sich gegen das Concordat ausspricht.

Graz, 5. Dec. [Ein Lastenzug der Südbahn] ist gestern bei Gratwein entgleist. Die Maschine und 5 Waggons fielen über den Damm hinab, ohne daß Jemand beschädigt wurde. (In der „Ostf.-Ztg.“ steht ein Artikel aus Passau, und dadurch war das Gerücht auch in Breslau verbreitet, daß ein Personenzug auf der Sömmering-Eisenbahn entgleist und sämmtliche Passagiere — hier und da wurde hinzugesetzt: mit Ausnahme eines Schaffners — verunglückt seien. Das Gerücht reducirt sich auf obige Notiz. D. Red. der Bresl. Ztg.)

Portugal.

Lissabon, 27. Nov. [Zur Conferenz.] Die portugiesische Regierung, welche die Einladung zur Conferenz in der Angelegenheit des heiligen Stuhles vor einigen Wochen erhielt, hatte wegen der verwandtschaftlichen Beziehungen des Königs mit der italienischen Dynastie (König Luis hat bekanntlich eine Tochter Victor Emanuels zur Gemahlin) und wegen der Stellung der Regierung zum römischen Stuhle Anfangs keine Neigung, sich überhaupt an der Congreßfrage zu betheiligen. Portugal liefert den Beweis, daß man ein streng katholischer Staat sein kann, ohne deshalb diejenigen Prärogative anzuerkennen, welche die römische Curie in Italien zur Geltung zu bringen bemüht ist. Das öffentliche Bekenntniß einer anderen, als der römisch-katholischen Kirche ist in Portugal nicht gestattet, doch ist die Hausandacht nicht katholischer Christen erlaubt. Bei der Kirchen-Reform unter Dom Pedro wurden 632 Mönchs- und 118 Nonnenklöster, mit etwa 18,000 Mönchen und Nonnen, im Jahre 1834 aufgehoben, die Klostergüter eingezogen und der Zehnte beseitigt. Die Cortes sind dem Versuche der Herstellung einer Abhängigkeit der Geistlichkeit von Rom durch den Abschluß eines Concordats stets entgegengetreten. Das Placet der Regierung wie andere Reformen sind entschieden aufrecht erhalten worden. Trotzdem unterhält der römische Stuhl mit der Regierung eine diplomatische Verbindung durch den Nuncius Ferrieri, Erzbischof von Sida in part. Nach welcher Seite die Stimme Portugals auf einer europäischen Conferenz fallen werde, kann hiernach nicht zweifelhaft sein. Die Regierung hat sich indessen durch die Vorstellungen Oesterreichs und Frankreichs bestimmen lassen, ihre Zustimmung zur Conferenz zu geben. Die betreffende Zusage ist am 22. v. M. in einer Depesche, ohne weitere Einschränkung, gemacht worden. Sollte die Conferenz zu Stande kommen, so dürfte der Herzog von Loulé, welcher seit 1860 die Würde eines Oberst-Stallmeisters bekleidet, mit dieser Mission betraut werden.

Rußland.

⊙ **Warschau**, 5. Decbr. [Die Beamten und die Russificirung. — Die Absperrung. — Die Verfolgung der Unirten.] Auf telegraphischem Wege ist der Staatsrath und Director in der Commission der inneren Angelegenheiten, Gudowski, nach Petersburg berufen worden und ist vorgestern dahin abgereist. Gudowski ist einer der vereinzelten Polen, die noch im Amte sind, und er wird wohl selbst nach der mit Anfang des Jahres 1868 aufzuhörenden Commission (Ministerium) nicht entlassen werden. Nicht nur hat er gewußt, nach Oben sich einiges Vertrauen zu erhalten, sondern seine große Tüchtigkeit und Thätigkeit macht ihn gerade jetzt unentbehrlich, wo durch die ewigen Umgestaltungen in der Verwaltung ein Wirrwarr entstanden ist, in welchem sich thatsächlich Niemand mehr zurecht finden kann. In der Beamtenwelt, wo man von der absoluten Unhaltbarkeit der gegenwärtigen auf den Kopf gestellten Verwaltungsverhältnisse am Besten überzeugt ist, meint man, daß Gudowski's Berufung eben den Zweck habe, den zerstörenden Umgestaltungen, die Nichts als die Russificirung erstreben, ein Ende zu machen und die Verwaltung des Landes zu einem sichern Halt zu bringen. Zur Unterstützung dieser Meinung weist man auf eine in Petersburg erschienene Broschüre hin, als deren Verfasser der Minister des Innern Graf Walujew bezeichnet und in welcher die Nothwendigkeit der Versöhnung mit Polen nachzuweisen versucht wird. Er weist auf die Entkräftigung Oesterreichs durch das Bach'sche Centralisations-System hin, und wünscht Rußland eine bittere Erfahrung zu ersparen, welche beim Verharren in dem jetzigen System früher oder später unausbleiblich sei. So erfreulich es auch ist, daß der bisher alleinherrschenden Katkowischen Russificirungswuth gegenüber auch die Stimme der Vernunft sich zu erheben anfängt, so halten wir unsererseits doch die erwähnte Meinung, daß man an maßgebender Stelle bereits dahin gekommen sei, dem jetzigen gefährlichen Wege Einhalt thun zu wollen, für Täuschung. — In russischen Blättern lesen wir die Mittheilung, daß man in Petersburg auf den Kostenersparung erzielenden Plan, eine schmalgleisige Bahn, d. h. nach dem fast in ganz Europa angenommenen Maße, für Lievland zu bauen, aus politischen Ursachen nicht eingegangen ist. Das Geleise für russische Bahnen ist nämlich absichtlich breiter als sonstwo gebaut, um eben auch dadurch von dem civilisirten Europa abgesondert zu bleiben. Dieses, so wie die Beibehaltung des Julianischen Kalenders, die Paßqualen und noch manches Andere bilden die chinesische Mauer russischen Stils, von welcher der Zolltarif ein Theil ist. Wir haben deshalb die Ueberzeugung, daß man eine rationelle Aenderung des Tarifs nicht zu erwarten hat. — Obgleich die aus Unirten bestehenden Gemeinden im Gouvernement Siedlec durch Kosaken-Executionen ausgesaugt und ruinirt worden sind, ist es dennoch nicht gelungen, die Unirten zur Nachgiebigkeit zu bewegen. Noch immer stehen die unirten Kirchen leer, noch immer werden die neuen russificirenden Geistlichen vom Volke total ignorirt und zu keiner religiösen Function herangezogen. Die Kirchen haben freilich keine Orgel und Bänke, aber auch keine Besucher. Daß Unirte nicht in katholischen Kirchen dem Gottesdienste beiwohnen, dafür wird dadurch gesorgt, daß diese Gottesdienste von Gendarmen überwacht werden, welche jeden anwesenden Unirten notiren, der dann bald darauf mit Geldstrafe belegt wird. Die in den Kirchen anwesenden Gendarmen nennt der Volkswitz: die erschienenen Engel. Die Bestrebungen im Gouvernement Siedlec, die Unirten zur orthodoxen Kirche zu überführen, sind als gründlich mißlungen anzusehen und die Regierung hat davon nur den Haß der wegen ihres Glaubens hart Verfolgten geerntet. Das Mißlingen der Unternehmung wird, ganz nach russischer Art, nicht in der Sache selbst, sondern in Persönlichkeiten gesucht, und dem Gouverneur von Siedlec, dem General Gromeka, wird die Schuld zugeschrieben, weshalb er auch von seinem Amte entfernt wird.

Schweden.

Stockholm, 2. Dec. [Das Leiden des Königs] kann jetzt als ganz beseitigt gelten, abgesehen von einer Schwäche, welche indeß hoffentlich auch sehr bald schwinden wird.

[Parlamentarisches.] Es dauert nur noch 5 Wochen, bis der zweite schwedische Reichstag nach der neuen Staatsordnung hier zusammentreten wird. Es herrscht im Lande eine gewisse Mißstimmung, welche sich ohne Zweifel auf dem bevorstehenden Reichstag aussprechen wird und welche augenblicklich durch das Wachsen der demokratischen Partei bemerklich ist. Vor Allem beabsichtigt die Oppositionspartei die Einführung vollständiger Religionsfreiheit anzuregen, während von dem Kriegsminister Vorlagen in Betreff der bereits auf dem vorigen Reichstage besprochenen Armee-Reorganisation erwartet werden.

[Ueber die in Veranlassung der hohen Kornpreise in der Stadt „Norrköping“ stattgefundenen Unruhen] erfährt man, daß sich dort gegen 200 Personen zusammengerottet hatten, welche die vor der Wohnung des Bürgermeisters befindlichen Gaslaternen auslöschten, den Stadtfiscalen mißhandelten, bei einem Mehlhändler scandalisirten und einem Grossisten die Fenster einwarfen. Von einer Abtheilung Polizeisergeanten wurden die Tumultuanten auseinander getrieben.

Provinzial-Zeitung.

— r. **Namslau**, 6. Dezember. [Nachwahl zu Stadtverordneten-Versammlung. — Rechte-Oder-Ufer-Eisenbahn. — Weidefluß-Verlegung.] Bei der am gestrigen Tage stattgefundenen engeren Wahl zur Stadtverordneten-Versammlung siegte in der dritten Klasse der Herr Tuchfabrikant Röhricht mit 60 Stimmen gegen Hrn. Schneidermeister Scholz der 41 Stimmen erhielt; in der zweiten Klasse der frühere Rathmann, Herr Bäckermeister F. Krichler mit 39 Stimmen gegen Herrn Kaufmann M. Sittenfeld, der 21 Stimmen erhielt. Beide Wahlkämpfe waren sehr lebhaft und es wählten in der dritten Klasse über ein Drittel, in der zweiten Klasse sogar zwei Drittel der Wähler. — Trotz des eingetretenen Winters werden die Arbeiten an der Rechten-Oder-Ufer-Eisenbahn hierorts fortgesetzt, und nur an dem Güterschuppen, der bereits in Perronhöhe aufgemauert ist, sind dieselben vorläufig sistirt. Dagegen ist das Wasserstations-Gebäude am Bahnhofe im Rohbau vollendet, ebenso ist die Planirung des ziemlich umfangreichen Bahnhof-Terrains ausgeführt und gegenwärtig sind die Maurer mit dem Bau eines den Bahnhof durchschneidenden über 200′ langen Kanals beschäftigt. Auf der Brieg-Schwirz-Creuzburger Chaussee findet ununterbrochen die Anfuhr von Schienen nach Noldau statt, bis wohin von Creuzburg aus schon Schwellen und Schienen liegen. Im Laufe vor. Woche hat man von Noldau aus in der Richtung auf Namslau mit dem Legen der Schwellen und Schienen ebenfalls begonnen, und da diese Arbeiten auch von Bernstadt in der Richtung nach hierher rüstig fortschreiten: so dürften — wenn nicht etwa ganz ungünstige Witterung eintritt — in kurzer Zeit beide Arbeitslinien hier zusammentreffen. Für die beiden hies. Weidebrücken, deren Mauerwerk längst vollendet, ist bereits ein Theil der schweren eisernen Träger über Brieg hierher gelangt, so daß diese Brücken bei dem Legen des Gleises einen Aufenthalt nicht verursachen werden. Von Noldau aus wird ein fast eine halbe Meile langer Zweigstrang nach dem Groß-Steinersdorfer Forste gelegt, in welchem sich vorzüglicher Kies in ungeheurer Menge vorfindet, der zum Bahnbau verwendet werden soll. — Die Ausgrabung des neuen Weideflußbettes hinter der sogen. Kielbrücke ist seit einigen Tagen beendet, und fließt das Wasser nunmehr von der Kielbrücke ab in einen großen sich östlich wendenden Bogen durch die zunächst der Stadt belegene Eisenbahnbrücke und vereinigt sich hinter derselben wieder mit dem alten Weideflusse. Gegenwärtig wird das alte Weidebett zugeschüttet. Die circa 90 Fuß lange Eisenbahnbrücke hat drei Oeffnungen, von denen zwei zum Durchfließen der Weide dienen, die dritte Oeffnung aber bleibt für die angrenzenden Wiesenbesitzer zur Abfuhr bestimmt. Bei dem Graben des neuen Flußbettes stieß man auf eine Menge altes Holz, unter Anderem auf einen Eichenstamm von 70 Fuß Länge, der über 1 Elle Durchmesser hatte. Dieser Eichenstamm, der noch ziemlich gut erhalten, war an seinem Fußende nur etwa 8 Zoll, am Wipfelende aber über 3′ hoch mit Erde bedeckt. Derselbe war unter den Aesten abgesägt; an seinem Fußende zeigten sich Spuren von Axthieben und die quer unter denselben geschobenen Hebebäume deuteten darauf hin, daß in früherer Zeit bereits an Fortschaffung des Eichenstammes gearbeitet worden war. Jedenfalls lag derselbe hunderte von Jahren in der Erde, weil der frühere Sumpfboden doch nur langsam sich in den gegenwärtigen Wiesenboden umbilden und den Eichenstamm so hoch mit Erde bedecken konnte.

♂ **Rosenberg**, 6. December. [Zur Tageschronik.] Die eben zu Ende gehende Woche war für unser Städtchen eine bedeutsame. Sonntag den 1. rückte von Guttentag her die 3. Escadron des königl. Dragoner-Regiments Nr. 15 hierselbst ein, die mit der 5. Escadron desselben Regiments nunmehr die hiesige Garnison bildet. Die Truppen wurden feierlichst empfangen und Abends in zwei Abtheilungen auf städtische Kosten bewirthet, während das Officiercorps einer Einladung des Kreis-Landrathes Folge leistete. Unser sonst stilles Städtchen ist durch die Garnison — 2 Escadronen Cavallerie — wie auch durch den Umstand, daß der Landwehrstab des 3. Bataillons 4. Oberschlesischen Infanterieregiments Nr. 63 hierher verlegt worden ist, etwas lebhafter geworden. — Der königliche Kreis-Steuereinnehmer und Rechnungsrath Wiester feierte Mittwoch, den 4. d. M., sein 50jähriges Dienstjubiläum. Am Vorabende dieses Festtages versammelten sich die städtischen Behörden in corpore — der Gefeierte ist nämlich Vorsteher des Collegiums der Stadtverordneten — die Geistlichkeit beider Confessionen, Vertreter des Richterstandes, der Männergesangverein und eine große Anzahl Bürger der Stadt, um dem Jubilar ihre Glückwünsche darzubringen und diesen leutseligen, stets menschenfreundlichen, trefflichen alten Herrn nach Gebühr zu ehren. Mit bunten Ballons versehen, setzte sich der ansehnliche Zug, der die Spitzen der verschiedenen Behörden von dem Gasthofe zum weißen Adler aus bis zu der Wohnung des Gefeierten begleitete, in Bewegung. Hierselbst brachte der Männergesangverein ein Ständchen, bei welchem durch unsern immer bereitwilligen und thätigen Vereins-Feuerwerker Kaufmann Mehrländer allerlei Feuerwerkskörper abgebrannt und durch bengalische Flammen den Sängern geleuchtet wurde. Inzwischen hielt der hiesige Stadtpfarrer, Erzpriester und Kreisschulinspector Strauß dem Jubilar eine treffliche Festrede und überreichte der Bürgermeister unter entsprechender Anrede demselben im Namen der hiesigen Bürgerschaft ein Festgeschenk. Nachdem der Jubilar in kurzen herzlichen Worten den Versammelten seinen Dank ausgesprochen hatte, wurde derselbe von seinen zahlreichen Freunden in die Mitte genommen, und es setzte sich der Zug unter Absingung des Liedes: „Die Wacht am Rhein“ nach dem Hotel zum weißen Adler in Bewegung, woselbst dem Jubilar zu Ehren ein solennes Souper vorbereitet war. Nachdem derselbe den ersten Toast auf Se. Majestät den König und das ganze königliche Haus ausgebracht, seinen Lebenslauf recht anmuthig erzählt und Herr Pastor Polko die Festrede gesprochen hatte, wechselten in der Gesellschaft Scherz und Ernst in Lied und Toast miteinander ab. Den anderen Tag sollte dem Jubilar eine von den Kreisständen veranstaltete Ovation zu Theil und demselben bei dieser Feier der ihm von Sr. Majestät, unserm allergnädigsten König und Herrn huldreichst verliehene rothe Adlerorden überreicht werden. Diese Festlichkeit ist jedoch eingetretener Hindernisse wegen auf den kommenden Sonntag verschoben werden.

⊙ **Wohlau**, 6. December. [Eisenbahnangelegenheit.] Mit Verwunderung lesen wir in den Zeitungen, daß unsere Nachbarstädte Trebnitz, Prausnitz, Trachenberg, Winzig, Köben, Guhrau ein Bündniß geschlossen haben, um für die Fortsetzung der Rechten Oder-Uferbahn über Trebnitz in grader Linie nach Glogau zu wirken. Wo bleibt denn da unsere alte Fürstenthums- und Kreisstadt Wohlau? fragen wir mit Recht, die doch auch in der Linie Trebnitz-Glogau liegt. Ist sie nicht würdig, in das Bündniß der Schwesterstädte aufgenommen zu werden? In der That, wir wissen nicht, wodurch sie sich dessen unwürdig gemacht hätte. Oder wähnt man sie noch auf einem Standpunkte der Intelligenz, welcher den Segen einer Eisenbahnverbindung nicht zu erfassen weiß, der in ihr noch den Quell aller Uebel erblickt? Gottlob! auch dieser Standpunkt ist bei uns

---

nach Eurer Wunde sehen, sagte er zu dem Einnehmer, welchem ein Raum für sich und seine Kasse angewiesen war; die Verletzung ist doch bedeutender, als ich anfänglich glaubte, ohne ein tüchtiges Wundfieber werdet Ihr nicht davon kommen. Setzt die kalten Umschläge fort und versucht zu schlafen, hoffentlich ist der Arzt in wenigen Stunden hier. Ich bin ebenfalls müde und will schlafen. Mein Diener wird bei Euch bleiben.

Mit dem verdrießlichen Gefühle, durch die Umstände wieder zu einer ihm durchaus fern liegenden Aeußerung der Theilnahme und Vorsorglichkeit genöthigt gewesen zu sein, legte er sich endlich zur Ruhe. Auch der Einnehmer, von dem Blutverlust sichtlich ermattet, suchte das ihm angewiesene Lager auf, und bald herrschte in dem matt erleuchteten Raume der einsamen Hütte wieder die ihr sonst eigenthümliche Stille. Nach wenigen Stunden wurde sie jedoch schon wieder durch die Ankunft des Försters unterbrochen, welcher über die Ausführung der ihm ertheilten Befehle Bericht erstattete, auch bemerkte, daß bereits Maßregeln zur Ergreifung der beiden anderen Verbrecher getroffen seien, welche bis jetzt jedoch erfolglos geblieben.

Bald darauf erschien auch der Arzt, ein alter erfahrener Militär-Chirurg. Hugo hatte sich in der Annahme, daß der heutige Tag sich durch Lebhaftigkeit auszeichnen werde, nicht getäuscht; denn, nachdem der Arzt berichtet, daß er dem Verwundeten die Kugel herausgezogen und nicht glaube, daß edle Theile verletzt seien; nachdem er auch den Einnehmer, der bereits im Wundfieber lag, kunstgerecht verbunden und eben beschäftigt war, den ihm vorgesetzten Speisen und Getränken zuzusprechen, einer Pflicht der Gastfreundschaft, der sich Hugo ebenfalls wieder nicht entziehen konnte, ertönte der rasche Hufschlag eines Pferdes, und der Oberförster zügelte es vor der Hütte.

Mit Lebhaftigkeit und voller Theilnahme, zugleich in dem Diensteifer eines jungen Beamten erkundigte sich derselbe nach den Ereignissen der vergangenen Nacht, indem er mit dem Bemühen und Bestreben sich gefällig zu zeigen, bemerkte, daß seinerseits bereits umfassende Maßregeln zur Habhaftwerdung der beiden flüchtigen Verbrecher getroffen seien.

Mein ganzes Personal befindet sich in Thätigkeit, sprach er weiter, und ich bin überzeugt, daß die Flüchtlinge in meinem Revier wenigstens keinen Schlupfwinkel finden werden, aus welchem sie nicht aufgestöbert werden sollten. Es freut mich besonders, daß der grundlose Verdacht gegen den braven Einnehmer jetzt vollständig beseitigt ist, vorzugsweise seiner Tochter wegen, setzte er etwas zögernd hinzu, welche sich die Sache sehr zu Herzen nimmt. Sie haben das Verdienst, Herr Graf, durch Ihr entschlossenes Handeln nicht nur ein neues Verbrechen verhindert, sondern auch ein früheres zur Entdeckung gebracht zu haben. Die Wunde des Einnehmers ist, wie man mir sagte, nicht gefährlich.

Nein, ein bloßer Schrammschuß, entgegnete Hugo, welcher die lebhafte Mittheilung des Oberförsters mit gemessenem Ernste angehört hatte, etwas Wundfieber, das ist Alles. Aber Sie entschuldigen mich, Herr Oberförster, setzte er förmlich hinzu, daß ich genöthigt bin, Sie jetzt zu verlassen — ein dringendes Geschäft.

Der Oberförster blickte den Besitzer der Pirschhütte sichtlich enttäuscht an, denn er hatte eine weitere ausführliche Mittheilung, vielleicht eine Verabredung zu gemeinsamem Handeln erwartet; jedes Aufdrängen lag jedoch seinem Charakter durchaus fern, und so empfahl er sich wieder, nochmals die Bitte wiederholend, über ihn zu verfügen, sofern es irgend nöthig sein sollte.

Auch der alte Doctor ging bald darauf, mit dem Versprechen, nochmals nach dem Verwundeten zu sehen und am anderen Tage zurückzukehren. Hugo wies den Förster an, nach seiner Wohnung zu gehen und dort die jedenfalls bald kommenden Behörden zu erwarten.

Sie werden sie nach dem Blockhause geleiten, auch wenn es nöthig sollte, hierher. Ich bin abwesend — wohin? wissen Sie nicht; ob ich zurückkehre, ist Ihnen ebenfalls unbekannt, Sie haben aber Ursache, daran zu zweifeln. Lassen Sie einen zuverlässigen Mann hier, der dem Einnehmer zur Hand geht, denn meinen Diener nehme ich mit.

Als auch dieser Weisung genügt war, beauftragte er den Diener, nach Arnstein zu gehen, um neue Vorräthe zu holen, und zugleich sowohl dem Verwalter als dem Fräulein van der Maar von dem Vorgefallenen Kenntniß zu geben.

Erkundige Dich gleichzeitig, ob das Fräulein van der Maar den beabsichtigten Besuch der Pirschhütte unter den obwaltenden Umständen noch zur Ausführung bringen will oder ob sie davon Abstand genommen hat. Richte Dich so ein, daß Du in der Nacht zurückkehrst, — ich werde dann ebenfalls wieder hier sein.

Beide verließen bald darauf, jeder einen anderen Weg einschlagend, die Hütte; Hugo verbrachte den Tag einsam im Walde und kehrte erst spät Abends zurück. Er fand den Förster, welcher seiner gewartet hatte. Dieser berichtete, daß der Friedensrichter mit dem Gerichtsschreiber und dem Bürgermeister da gewesen und den Verwundeten, welcher sein Geständniß wiederholt, vernommen hätte. Eine Nachfrage nach dem Grafen Arnstein sei von ihnen nicht gemacht, nur habe der Friedensrichter geäußert, daß die Vorladung der Zeugen in den nächsten Tagen erfolgen werde. Hier, in der Pirschhütte, sei Niemand gewesen.

Hugo schickte den Förster nach Hause, sah nach dem Einnehmer, den er zwar im Fieber, aber schlafend fand, und war im Begriff, sich zur Ruhe zu begeben, als er abermals den Hufschlag eines Pferdes vernahm. Empört über diese neue Störung trat er an die Thür und sah im hellen Mondschein seinen Diener, ein mit zwei großen Körben beladenes Pferd an der Hand führend, aus dem Walde herauskommen.

Wozu das, fragte er unwillig, wozu bringst Du so viel Vorräthe mit, daß ein Pferd dazu nöthig ist?

Der Herr Verwalter hat das so angeordnet, erwiederte der Diener, hier ist auch ein Brief von ihm. Einer hätte das Alles nicht tragen können, und der Herr Verwalter meinte, es sei nöthig, da die Herrschaften morgen kommen wollen.

Morgen? wiederholte Hugo überrascht und verdrießlich — morgen wollen sie wirklich heraufkommen?

Das alte Fräulein, wie die van der Maar allgemein genannt wurde, berichte der Diener, war etwas bedenklich, aber die junge, die jetzt da ist, meinte, es sei so herrliches Wetter, und da sagte denn das alte Fräulein, nachdem es eine zeitlang nachgedacht, sie würden morgen kommen, ich sollte es Ihnen mittheilen, und auch dem Verwalter, damit es an nichts fehle und Sie als Wirth Ehre einlegten. Ich werde jetzt die Sachen auspacken, Herr Graf, und das Pferd dann fesseln, Gras ist ja genug hier.

Thue das, erwiederte Hugo, dessen Gedanken sich jetzt wieder eigensinnig mit Alice beschäftigten, gehe dann schlafen, wir werden morgen Zeit haben, Alles vorzubereiten, vor zehn Uhr können sie nicht hier sein.

Schwerlich. Der Herr Verwalter wird sie selbst fahren. Das alte Fräulein ist immer früh allert.

Das wird ja wieder recht lebendig hier werden, murmelte Hugo mit einem spöttischen Lachen vor sich hin — morgen großes Diner, vielleicht übermorgen bal champêtre!

(Fortsetzung folgt.)

längst überwunden. Oder glaubt man, die Commune Wohlau könne keine Opfer bringen für einen großen, gemeinnützigen Zweck? Auch zu solcher Meinung haben wir unseres Wissens niemals Veranlassung gegeben. Es ist uns demnach unerfindlich, warum wir von dem Bündniß der genannten Schwesterstädte ausgeschlossen worden sind. Doch wir müssen uns nun einmal in unser Schicksal finden, und es bleibt uns nichts übrig, als unsere Sache auf eigene Hand ohne Bundesgenossen zu verfechten. — Wir denken über das neue Eisenbahnproject so: Soll die Fortsetzung der Rechten Oderuferbahn über Trebnitz nach Glogau blos den kürzesten Weg im Auge haben, so müßte von Trebnitz aus die Linie über Obernigk, Wohlau, Steinau und Raudten gewählt werden; die Bahn müßte dann in Gramschütz, zwei Meilen vor Glogau, in die projectirte Liegnitz-Glogau-Grünberger Bahn einmünden und auf diese dort der Verkehr nach Crossen resp. Frankfurt a./O. übergehen. Soll aber die Fortsetzung der Rechten Oderuferbahn über Trebnitz nach Glogau nicht die kürzeste Linie, sondern die Verkehrsinteressen der Gegend im Auge haben und für diese ein Segen werden, so muß die neue Bahnlinie womöglich die meisten Städte des rechten Oderufers, welche noch keine Bahnverbindung haben, berühren und einen Umweg von ein paar Meilen nicht scheuen. Die neue Bahnlinie müßte alsdann von Trebnitz über Prausnitz, Wohlau, Winzig, Herrnstadt, Guhrau, Schlichtingsheim nach Glogau führen, wobei noch der Bau einer Oderbrücke erspart würde, da bei Glogau eine Eisenbahn-Oderbrücke bereits vorhanden ist. — Doch wir wissen, unser Denken und Wünschen baut noch keine Eisenbahn. Von der Actien-Gesellschaft und vom Staate wird es abhängen, welchem Principe, ob der kürzesten Linie oder den Verkehrs-Verhältnissen des rechten Oderufers wird Rechnung getragen werden. — Unsere Schwesterstädte aber — mit Ausnahme von Köben, der wir leider ihrer Lage wegen nicht helfen können, und von Trachenberg, die zu unserem Troste bereits Eisenbahnverbindung besitzt — ersehen hieraus, daß wir Wohlauer nicht so selbstsüchtig sind und die Wohlthat einer Eisenbahnverbindung, die wir selbst uns wünschen, auch ihnen von ganzem Herzen gönnen.

Telegraphische Witterungsberichte vom 7. December.

Mrg.	Ort.	Baromet. Pariser Linien.	Therm. Reaum.	Wind, Richtung und Stärke.	Allgemeine Himmels-Ansicht.
6	Memel	333,8	—1,6	O., schwach.	Bedeckt.
7	Königsberg	333,4	—1,3	SO., s. schw.	Bedeckt.
6	Stettin	333,0	—0,8	NO., mäß.	Bed., gestern Schnee.
—	Ratibor	334,7	—1,6	NW., lebhaft.	Trübe.
—	Münster	332,3	—0,4	SW., schwach.	Trübe.
—	Trier	329,4	—1,6	NO., schw.	Bedeckt, Schnee.
—	Flensburg	334,7	—0,6	NO., lebhaft.	Bewölkt.
8	Paris	—	—	—	—
—	Haparanda	—	—	—	—
—	Helsingfors	—	—	—	—
—	Petersburg	335,8	—4,2	SW., schw.	Bedeckt.
—	Moskau	—	—	—	—
—	Stockholm	—	—	—	—
—	Skudesnäs	335,0	—2,2	N., schwach.	Klar.

Meteorologische Beobachtungen.

Der Barometerstand bei 0 Grd. in Pariser Linien, die Temperatur der Luft nach Reaumur.	Barometer.	Luft-Temperatur.	Windrichtung und Stärke.	Wetter.
Breslau, 7. Decbr. 10 U. Ab.	328,77	—2,0	W. 1.	Bedeckt, Schnee.
8. Decbr. 6 U. Mrg.	328,77	—2,3	W. 1.	Bedeckt.
2 U. Nachm.	329,31	—2,1	NO. 1.	Wolkig.
10 U. Abds.	330,77	—6,2	N. 1.	Ueberwölkt.
9. Decbr. 6 U. Mrg.	331,93	—7,8	N. 1.	Trübe.

Breslau, 9. Dec. [Wasserstand.] O.-P. 16 F. 5 Z. U.-P. 2 F. 11 Z. Eisstand.

Telegraphische Depeschen
aus dem Wolff'schen Telegraphen-Bureau.

Florenz, 7. December. Sitzung des Senats. Torrearsar lenkt die Aufmerksamkeit auf die vorgestrige Rede des Conseilspräsidenten Menabrea, und geht dann auf eine Besprechung der römischen Frage ein. Redner hält fest an dem Rechte der italienischen Nation auf Rom nnd spricht sich dahin aus, daß die Conferenz nicht zusammentreten werde. Italien solle zwar nicht den europäischen Frieden stören, aber es dürfe auch nicht seinen Rechten entsagen. Der Conseilspräsident erwiederte, er habe die Intentionen des Ministeriums bereits dargelegt. Die römische Frage biete in der That große Schwierigkeiten. Die Lösung derselben sei jedoch im Interesse Italiens und des Papstes gleich nothwendig. Mit Mäßigkeit und Verständigkeit, so schließt Menabrea seine Erklärung, werden wir eines Tages unser Ziel erreichen. Hierauf schlägt Torrearsar folgende Tagesordnung vor: Indem der Senat Akt nimmt von den Erklärungen des Conseilspräsidenten, geht er in der sicheren Ueberzeugung, daß das Ministerium die Rechte der Nation aufrecht erhalten werde, zur Tagesordnung über.

Leopardi bekämpft den Antrag des Vorredners, indem er ausführt, daß bereits bezüglich Roms eine Tagesordnung bestehe, nämlich das Votum vom März 1861, welches Rom als Hauptstadt Italiens proclamirte. Redner beantragt dieses Votum jetzt zu bestätigen. Menabrea nimmt noch einmal das Wort, um sich Namens der Regierung für die Tagesordnung, wie sie von Torrearsar motivirt sei, auszusprechen, indem er erklärte, daß dieselbe mit den Ideen des Ministeriums übereinstimme.

Auch Conforti bekämpfte den Antrag Leopardi's, weil der Beschluß vom Jahre 1861 davon spreche, in Uebereinstimmung mit Frankreich nach Rom zu gehen. Italien müsse sich stark machen, und dann werde die römische Frage gelöst sein. Conforti empfiehlt dem Senate dringend Annahme der Tagesordnung Torrearsar's. In der darauf erfolgenden Abstimmung wurde die letztere einstimmig angenommen.

In der Deputirtenkammer wird am nächsten Montag über die Interpellation betreffend die römische Frage verhandelt werden. Nach einem in parlamentarischen Kreisen verbreiteten Gerüchte wäre Lanza Willens die ihm übertragene Präsidentschaft der Kammer abzulehnen.

Italienische Rente 51, 15. Napoleonsdo'r 22, 70.

Florenz, 8. December. Die „Opinione" schreibt: Die Rede, welche der Staatsminister Rouher im gesetzgebenden Körper gehalten hat, ist gleichsam die Grabrede der Conferenz. Die französische Regierung hat jetzt eine clericale Politik inaugurirt; sie kann nicht beauspruchen, daß man ihr auf dieser Bahn folge. Unser Recht muß gegenüber denjenigen, welche es nicht anerkennen wollen, in feierlicher Weise von dem Parlamente bekräftigt werden.

Florenz, 8. December. Gutem Vernehmen nach ist von dem diesseitigen Gesandten in Paris Ritter Nigra eine Depesche eingegangen, welche bezüglich der letzten Rede Rouher's versichern zu können glaubt, daß die Aeußerung des Staatsministers — Italien solle sich Roms nicht bemächtigen — nur dahin zu verstehen sei, daß Frankreich eine gewaltsame Erwerbung Roms seitens Italiens nicht gestatten werde. Die Depesche Nigra's wird, wie man hört, den Kammern mitgetheilt werden.

Paris, 7. Dec. Einer Mittheilung des „Etendard" zufolge verlaute gerüchtweise, daß Garibaldi in Folge der unvermuthet veröffentlichten Amnestie aller bei der römischen Invasion compromittirten Personen, Caprera bereits wieder verlassen haben solle. „Etendard" fügt hinzu, unser römischer Correspondent beharrt bei seiner Annahme, daß ein neuer Angriff gegen das römische Gebiet bevorstehe.

„France" schreibt, es ist heute in parlamentarischen Kreisen das Gerücht verbreitet, daß anläßlich der Erklärungen Rouher's über die römische Angelegenheit in dem Ministerium Meinungsverschiedenheiten entstanden seien.

Die „Presse" theilt mit, daß der Papst dem Kaiser in einem Telgramm für das Votum des gesetzgebenden Körpers vom 5. December seinen Dank ausgedrückt habe. Die „Presse" behauptet ebenfalls, daß in Florenz ein neuer Angriff gegen Rom vorbereitet werde.

Paris, 8. Dec. Mehrere Abendblätter dementiren anscheinend officiös die Nachricht, daß zwischen Frankreich und Oesterreich ein Vertrag zur Aufrechthaltung der Integrität der Pforte unterzeichnet sei.

Paris, 8. Decbr., Abends. Die „Patrie" meldet: Prinz Napoleon wird sich nach Monza begeben, um dort eine Zusammenkunft mit Victor Emanuel zu haben.

London, 7. Decbr. „London Gazette" meldet die Ernennung Edward Thornton's, zuletzt Gesandter in Rio de Janeiro, zum Großbritannischen Gesandten bei der Regierung der Vereinigten Staaten von Nordamerika. —

Die Vertagung des Parlamentes findet erst heute statt.

Per Dampfer „Scotia" sind Nachrichten aus New-York bis zum 27. d. M. eingetroffen. Die Majorität des richterlichen Ausschusses im Congresse hat sich definitiv für die Versetzung des Präsidenten in Anklagezustand ausgesprochen und die gegen denselben zu erhebenden Beschuldigungen als äußest schwere bezeichnet. An Jefferson Davis ist die Aufforderung ergangen, sich zum 22. d. M. zu stellen. Berichte ans St. Thomas geben die Zahl der bei dem neuen Erdbeben vom 2. d. M. Umgekommenen auf 1014 an. Auf Hayti ist ein allgemeiner Aufstand gegen den Präsidenten Salnave ausgebrochen.

London, 8. Dec. Abwechselnd Schnee und Regenwetter. — Sämmtliche fällige Posten vom Continent sind eingetroffen.

Amsterdam, 7. Dec. Die zweite Kammer hat heute alle Positionen des provisorischen Creditgesetzes angenommen. Die Entscheidung des Königs über das Demissionsgesuch des Ministeriums ist bis zur Stunde noch unbekannt.

Bukarest, 6. Dec. Von Seiten der Reaction werden umfassende Versuche gemacht, bei den bevorstehenden Wahlen auf die Bevölkerung einzuwirken; es sollen an 20,000 Ducaten zu entsprechenden Zwecken gezeichnet sein. An der Spitze der reactionären Bewegung steht der Metropolit von Jassy, welcher bereits in Folge der Ereignisse im April 1866 seiner Stellung enthoben war, dann aber vom Fürsten Carl begnadigt und wieder eingesetzt wurde. Man glaubt, eine zweite Entsetzung dieses Prälaten erwarten zu dürfen.

Belgrad, 7. Dec. Ueber die bereits gestern kurz mitgetheilte Ermordung eines österreichischen Postcouriers wird weiter gemeldet, daß die That in der Nähe des Ortes Grotzka auf der Tour von Belgrad nach Konstantinopel verübt wurde; der Mörder, welcher nicht erkannt wurde, trug europäische Tracht. Die übrigen Reisenden sowie die Postillone sind unversehrt geblieben. Als Motiv der That wird persönliche Rache angesehen. Die serbischen Behörden haben eine strenge Untersuchung der That angeordnet.

Petersburg, 7. Dec. Das „Petersburger Journal" bezweifelt die Nachricht des Londoner „Owl" über ein angeblich von Oesterreich und Frankreich abgeschlossenes Protokoll, welches die Garantie der Integrität der Türkei zum Gegenstande haben solle und bemerkt, ein solches Protokoll würde nur eine Abschwächung des zwischen Frankreich, England und Oesterreich am 15. April 1856 abgeschlossenen Vertrages sein, welcher sich mit derselben Aufgabe beschäftigte. Jedenfalls wäre ein solches Protokoll praktisch ganz bedeutungslos und würde weder an der thatsächlichen, noch rechtlichen Lage der Dinge etwas ändern. Die Integrität der Türkei laufe nur diejenigen Gefahren, welche aus ihrer inneren Politik entspringen. Gegen solche Gefahren würde wohl auch das Protokoll die Türkei nicht schützen wollen.

St. Petersburg, 7. Dec. Die Feindseligkeiten sind in Creta am 22. November wieder zum Ausbruche gekommen. Aus der Türkei sind mit Hinterladungsgewehren ausgerüstete Verstärkungstruppen dorthin abgegangen.

Russische Kriegsschiffe beginnen neuerdings wieder in Folge von Klagen, die aus drei Kreisen an die Consuln ergangen sind, Familien von Flüchtlingen aufzunehmen und fortzuführen.

Der Vicekönig von Egypten verweigert die Tributzahlung an die Pforte, indem er die Kriegskosten für Candia in Anrechnung bringt. (T. B. f. N.)

Telegraphische Course und Börsennachrichten.
(Wolff's Telegr. Bureau.)

Paris, 7. December, Nachmittags 3 Uhr. Lebhaft. Consols von Mittags 1 Uhr waren 93 gemeldet. — Schluß-Course: 3proc. Rente 69, 30—60, 10. Italieniche 5proc. Rente 45, 35. Oesterreich. Staats-Eisenbahn-Actien 512, 50. Credit-Mobil.-Actien 160, 00. Lomb. Eisenbahn-Actien 352, 50. Oesterr. Anleihe von 1865 pr. cpt. 330, 00. 6% Vereinigte Staaten-Anleihe pr. 1882 (ungest.) 79⅜.

London, 7. Decbr., Nachm. 4 Uhr. Schluß-Course: Consols 92 15/16. 1proc. Spanier 35 11/16. Italienische 5proc. Rente 45½. Lombarden 14 1/16. Mexicaner 15⅜. 5% Russen 86. Neue Russen 85. Silber 60 7/16. Türkische Anleihe von 1865 33½. 6% Ver.-St.-Anl. pro 1882 70¾. — Aus der Bank gingen heute 30,000 Pfd. St. in Gold, in die Bank flossen 57,000 mexicanische Dollare. — Schönes Wetter. Die fälligen Posten vom Continent sind ausgeblieben.

Frankfurt a. M., 7. December, Nachmittags 2 Uhr 30 Minuten. Schluß-Course: Wiener Wechsel 97½. Oesterreich. 5% Anleihe von 1859 60⅝. Oesterreichische National-Anleihe 53⅜. 5% Metalliques 46¼. Oesterr. 5% steuerfr. Anleihe 48⅝. 4½% Metalliques 40⅜. Finnländische Anleihe —. Neue Finnländische 4½% Pfandbriefe —. 6% Verein. Staaten-Anleihe pr. 1882 75⅝. Oesterreich. Bank-Antheile 660. Oesterr. Credit-Actien 176½. Darmstädter Bank-Actien 201. Rhein-Nahebahn —. Meininger Credit-Actien 92¾. Oesterr.-Franz.-Staatsbahn 236½. Oesterreichische Elisabethbahn 115. Böhmische Westbahn — —. Ludwigshafen-Bexbach 154. Hessische Ludwigsbahn 127⅜. Darmstädter Zettelbank 245½. Kurhessische Loose 53. Baierische Prämien-Anleihe 98⅝. Neue Badische Prämien-Anleihe 95⅞. Badische Loose 51. 1854er Loose 62. 1860er Loose 69. 1864er Loose 73⅛. Neue Spanier —. Matt und unbelebt. Nach Schluß der Börse Creditactien 176¾. Staatsbahn 237¾. Fest.

Frankfurt a. M., 8. December, Mittags. [Effecten-Societät.] Flau bei ziemlich großem Umsatz. Amerikaner —. Credit-Actien 176⅛. Steuerfreie Anleihe 48⅝. 1860er Loose 69¼. Staatsbahn 237⅛.

Wien, 7. December. [Abendbörse.] Credit-Actien 183, 70. Nordbahn 170, 00. 1860er Loose 83, 20. 1864er Loose 76, 10. Böhmische Westbahn —, —. Franz-Josephs-Bahn —, —. Staatsbahn 244, 50. Galizier 206, 75. Steuerfreies Anlehen —, —. Napoleonsd'or 9, 73½. Lombarden 171, 75. Ungar. Credit-Actien —, —. Fest.

Wien, 8. Dec., Mittags. [Privatverkehr.] Unbelebt, flau. 5% Metalliques —, —. National-Anlehen —, —. 1860er Loose 83, —. 1861er Loose 75, 90. Credit-Actien 183, —. Nordbahn —, —. Galizier 206, 25. Böhm. Westbahn —, —. St.-Eisenb.-Act.-Cert. — —. Lombard. Eisenb. 171, 62. Napoleonsd'or 9, 75½. Staatsbahn 243, 80.

Hamburg, 7. December, Nachm. 2 Uhr 30 Min. Schluß-Course: Hamburger Staats-Prämien-Anleihe 84. National-Anleihe 54½. Oesterreich. Credit-Actien 74¾. Oesterreich. 1860er Loose 68⅝. Staatsbahn 499. Lombarden 349½. Italienische Rente 43¾. Vereinsbank 110⅝. Norddeutsche Bank 118½. Rheinische Bahn 117¾. Nordbahn 95¾. Altona-Kiel —. Finnländ. Anleihe 81. 1864er Russ. Prämien-Anleihe 96½. 1866er Russ. Prämien-Anleihe 90⅞. 6proc. Verein. St.-Anleihe pr. 1882 68⅝. Disconto 3%. Schluß fester.

Hamburg, 7. Decbr., Nachmittags 2 Uhr 30 Min. [Getreidemarkt.] Weizen und Roggen loco fest, auf Termine sehr fest. Weizen 92 pfündiger ab Rostock pro Frühjahr zu 176 angeboten. Weizen per Decbr. 5400 Pfd. Netto 168 Bankothaler Br., 167 Gld., per Decbr.-Jan. 166½ Br., 166 Gld., pr. Frühjahr 168 Br., 167 Gld. Roggen pr. Decbr. 5000 Pfd. Brutto 137 Br. u. Gld., pr. Decbr.-Jan. 136 Br., 134 Gd., pr. Frühjahr 134 Br., 133 Gd. Rüböl ohne Kauflust, loco 22¼, pr. Mai 23⅜. Spiritus zu 29½ angeboten. Kaffee ruhig. Zink geschäftslos. — Schnee.

Liverpool, 7. December, Mittags. Baumwolle: 15,000 Ballen Umsatz. Steigend. New-Orleans 8⅛. Georgia 7⅞. Fair Dhollerah 6¼. Middling fair Dhollerah 5⅞. Good middling Dhollerah 5½. Bengal 5. Good fair Bengal 5⅜. Fine Bengal —. New fair Domra 6⅛. Fair Domra —. Good fair Domra 6⅜. Pernam 8⅛. Egyptian —. Smyrna 6¼. Schwimmende Orleans —.

New-York, 7. Decbr., Abends. (Pr. atlantischen Kabel.) Wechselcours auf London in Gold 109¾, Goldagio 36⅛, Bonds 107⅛, Illinois 133⅜, Eriebahn 71¾, Baumwolle 17¼, Petroleum —.

Antwerpen, 7. Decbr., Nachm. 2 Uhr 30 Min. [Petroleum-Markt.] (Schlußbericht.) Steigend. Raffin. Type weiß, loco 45 bez. u. Br., pr. December 45 bez. u. Br., pr. Januar 45 bez. und Br., pr. Januar-Februar 45 bez. u. Br.

Paris, 7. Decbr., Nachmitt. Rüböl pr. December 93, 00, pr. Januar-April 93, 00, pr. Mai-August 93, 00. Mehl pr. December —, —, pr. Januar-April —, —. Spiritus pr. December 63, 00.

Berlin, 8. Decb. [Course aus dem heutigen Privatverkehr.] Wenig Geschäft bei matter Stimmung; nur Amerikaner waren beliebt. Wir notiren: Franzosen 134¾—½ bez. u. Br., Lombarden 95¼—4⅞—5 bez. u. Br., Oberschles. A. und C. 199½ bez. u. Gld., Oesterreich. Credit-Actien 75¾—½ bez. u. Br., 1860er Loose 69¼ bez., Italiener 44⅝ bez., pr. ult. 44—43⅞ bez., Amerikaner 76⅛ bez., pr. ult. 76 bez., kurz Wien 83⅝ bez.

⁂ **Breslau, 9. December.** Wir haben vom Verlaufe des heutigen Marktes wenig veränderte Stimmung zu notiren, die Zufuhren zeigten sich in mittelmäßig gutem Umfange.

Weizen bei ruhiger Frage vollkommen preishaltend, pr. 84 Pfd. schlesischer weißer 100—113 Sgr., gelber 100 bis 110 Sgr., feinste Sorte 2—3 Sgr. über Notiz bezahlt. — Roggen im Verlaufe des Marktes billiger erlassen, pr. 84 Pfund 85 bis 87 Sgr., feinste Sorte 88 Sgr. bezahlt. — Gerste matt, pr. 74 Pfd. gelbe 55—57 Sgr., helle 59—61 Sgr., weiße 64—66 Sgr., feinste Sorte über Notiz bezahlt. — Hafer ruhig, pr. 50 Pfd. 36—37 Sgr., feinste Sorte über Notiz bezahlt. — Erbsen offerirt. — Wicken beachtet, pr. 90 Pfund 60 bis 63 Sgr. — Oelsaaten preishaltend. — Lupinen leicht verkäuflich, pr. 90 Pfd. gelbe 46—50 Sgr., blaue 43—47 Sgr. — Bohnen behauptet, pr. 90 Pfd. 85—100 Sgr. — Schlaglein mehr Frage. — Rapskuchen gute Kauflust, 46 bis 67 Sgr. pr. Ctnr.

	Sgr. pr. Schff.		Sgr. pr. Sack à 150 Pfd. Brutto.
Weißer Weizen	101—109—114	Schlag-Leinsaat	180—194—203
Gelber Weizen	101—107—111	Winter-Raps	190—194—204
Roggen	86—87—88	Winter-Rübsen	176—186—190
Gerste	54—60—65	Sommer-Rübsen	158—168—178
Hafer	35—36—37	Leindotter	158—168—174
Erbsen	72—75—80		

Kleesaat, rothe wenig zugeführt, 13½—14½—15½ Thlr. pr. Ctr., weiße ohne Angebot, 19—20 Thlr. pr. Ctr., hochfein über Notiz.

Thymothee ohne Zufuhr, 9—10—10½ Thlr. pr. Ctr.

Kartoffeln pr. Sack à 150 Pfd. 28—38 Sgr., Metze 1¾—2 Sgr.

Berliner Börse vom 7. December 1867.

Fonds- und Geld-Course.

Freiw. Staats-Anl.	4½	97 bz
Staats-Anl. von 1859	5	103⅛ bz.
dito 1854. 55. 57	4½	97 bz.
dito 1859	4½	97 bz
dito 1856	4½	97 bz
dito 1864	4½	97 bz.
dito 1867	4½	97 bz.
dito 1850/52	4	90¼ bz.
dito 1853	4	90¼ bz.
dito 1862	4	90¼ bz.
Staats-Schuldscheine	3½	83¼ bz
Präm.-Anl. von 1855	3½	116½ B.
Berliner Stadt-Oblig.	4½	97¼ B.
Pfandbriefe. Kur- u. Neumärk.	3½	76 B.
Pommersche	3½	75½ bz u. B.
Posensche	4	— — —
dito	3½	— — —
dito neue	4	85¼ bz.
Schlesische	3½	85½ G
Rentenbriefe. Kur- u. Neumärk.	4	90¾ bz.
Pommersche	4	90¼ bz.
Posensche	4	90 bz.
Preussische	4	89¾ B.
Westph. u. Rhein.	4	92½ bz. u. G
Sächsische	4	91⅛ bz.
Schlesische	4	91½ B
Louisd'or 112¼ et.b.	Oest.Bk.	84⅛ bz.
Goldkr. 9. 9⅞ G.	Poln.Bkn.	— —

Ausländische Fonds.

Oesterr. Metalliques	5	47¾ bz.
dito Nat.-Anl.	5	55¼ bz.
dito Lot.-A.v.60	5	69⅝ bz u. G
dito dito 64	—	42 G.
dito 64er Pr.-A.	4	63¼ bz.
dito Eisenb.-L.	—	72 B
Ital. neue 5proc. Anl.	5	44⅝ à ½ bz
Russ. Engl. Anl. 1862	5	85½ bz.
dito Poln. Sch.-Obl.	4	63¼ G.
Poln. Pfandbr. III. Em.	4	57½ B.
Liqu. Pfandbr.	4	48 bz.
Poln. Obl. à 500 Fl.	4	94¼ etw. bz
dito à 300 Fl.	5	91¼ B.
Kurhess. 40 Thlr. Obl.	—	53 bz.
Baden. 35 Fl. Loose	—	29½ bz
Amerikan. St.-Anl.	6	76⅛ à ¼ bz

Eisenbahn-Prioritäts-Actien.

Berg.-Märkische	4½	— — —
dito II.	4½	93¾ etw. bz.
dito IV.	4½	— — —
dito III.v.St.3½g.	3½	77 bz. u. G.
Cöln-Minden	4½	97 bz
dito II.	5	— — —
dito	4	84 G.
dito III.	4	83¼ bz.
dito	4½	94 bz.
dito IV.	4	88¼ G
dito V.	4	83¼ bz.
Cos.-Oderb. (Wilh.)	4	— — —
dito III. Em.	4½	— — —
dito IV. Em.	4½	— — —
Gal. Ludwigsb.	5	81⅝ bz. u. 76bz
Niederschl.-Märk.	4	87½ B.
dito conv.	4	87½ B.
dito III.	4	84 G.
dito IV.	4½	96 etw. bz.
Ndschl. Zweigb. L. C.	5	93 G
Oberschles. A.	4	— — —
dito B.	3½	77½ G.
dito C.	4	85¼ G.
dito D.	4	85¼ G.
dito E.	3½	77⅝ G.
dito F.	4½	— — —
dito G.	4½	93 B.
Oest.-Franz.	3	254 bz. u. B
Oest. südl. St.-B.	3	216 bz. u. B.
Rhein. v. St. gar.	4½	96½ G.
Rhein-Nahe-B. gar.	4½	93¾ G.

Eisenbahn-Stamm-Actien.

	Dividende pro 1866	1867		
Aachen-Mastricht	—	—	4	28¾ bz. u. G.
Amsterd.-Rttd.	7½	[illegible]	4	103 B.
Berg.-Märkische	9	8¼	4	139⅝ bz.
Berlin-Anhalt	13	16	4	223½ bz. u. B.
Berlin-Görlitz	—	—	4	78⅞ bz.
dito St.-Prior.	—	—	5	97¼ bz.
Berlin-Hamburg	9½	9	4	161 G
Berl.-Potsd.-Mgd.	18	18	4	218 G.
Berlin-Stettin	8	8 7/12	4	136¾ bz. u. B.
Böhm.-Westb.	—	—	5	61⅞ bz.
Breslau-Freib.	9	8½	4	126¾ bz. u. B.
Cöln-Minden	17½	9	4	142¾ bz.
Cosel-Oderberg	2¼	2⅜	4	75¼ bz.
dito St.-Prior.	—	4½	4½	85¼ G
dito dito	—	5	5	90 G.
Galiz.Ludwigsb.	5	—	5	86 G.
Ludwigsh.Bexb.	10	10⅔	4	153½ G.
Magd.-Halberst.	15	—	4	187 G
Magd.-Leipzig	20	—	4	261 B.
Mainz-Ludwigsh.	8	—	4	126½ G.
Mecklenburger	3	3	4	73¾ bz.
Neisse-Brieger	5 5/12	—	4	92 bz.
Niedrschl. Märk.	—	4	4	88½ bz u. B.
Niedrschl. Zwgb.	3⅜	5	4	77½ B.
Nordb. Fr.-Wilh.	4	—	4	96⅝ bz.
Oberschl. A.	11⅔	12	3½	193 bz. u. G.
dito B.	11⅔	12	3½	178¾ bz.
dito C.	11⅔	12	3½	193 bz. u. G.
Oestr.-Fr. St.-B.	5	—	5	135¾ à 36 bz.
Oestr. südl.St.-B.	7½	—	5	94¾ à ⅝ à 93½ bz.
Oppeln-Tarnow.	3¼	—	5	73¼ B.
R. Oderuf.-St.-A.	—	—	5	73¾ à ½ bz.
R. Oderuf. St.-Pr.	—	—	5	86½ bz.
Rheinische	7	—	4	119½ bz.
dito Stamm-Pr.	7	—	4	— — —
Rhein-Nahebahn	—	0	4	28 à ½ bz
Stargard-Posen	4½	4½	4½	93¼ B.
Thüringer	—	—	4	130 G.
Warschau-Wien.	8½	—	5	61¼ bz.

Bank- und Industrie-Papiere.

Berl. Kassen-V.	8¼	12	4	162⅔ G.
Braunschw. B.	—	0	4	94¾ bz. u. G.
Bremer Bank	6½	8	4	117 G.
Danziger Bank	7 8/10	8	4	112 B
Darmst. Zettelb.	7½	4	4	98¾ G.
Geraer Bank	7⅝	7⅝	4	102 B.
Gothaer „	7½	5	4	91 B.
Hannoversche B.	4	5⅓	4	78½ G.
Hamb. Nordd. B.	9	8½	4	116½ G.
„ Vereins-B.	8 29/32	10 3/16	4	111 G
Königsberger B.	6½	7 7/10	4	112 G.
Luxemburger B.	6	6	4	80 G.
Magdeburger B.	5½	5	4	87½ etw. bz.
Posener Bank	6½	7½	4	101 G.
Preuss. Bank-A.	[illegible]	13⅓	4½	155¾ bz.
Thüringer Bank	4	4	4	65 G.
Weimar „	6½	4¼	4	82 B.
Berl. Hand.-Ges.	8	5	4	110 bz.
Coburg Credb.A.	6½	4	4	71½ G.
Darmstädter „	8½	4½	4	80⅞ G.
Dessauer „	—	0	—	2½ bz.
Disc. Com.-Anth.	6½	8	4	108⅝ bz.
Genfer Credb.-A.	—	0	4	24½ bz.
Leipziger „	4	—	4	84½ etw. bz.
Meininger „	7	—	4	92¾ B.
Moldauer Lds.-B.	—	—	4	14 B.
Oesterr.Credb.A.	4½	—	5	75½ à ⅞ bz.
Schl. Bank.-Ver.	7½	7½	4	113½ G.
Minerva	1	—	5	28⅝ bz
Fbr. v. Eisenbdf.	8½	13	5	136 bz.

Wechsel-Course.

Amsterdam 250 Fl.	10 T	142⅞ bz.
dito dito	2 M.	142⅝ bz.
Hamburg 300 Mk.	8 T.	151¾ bz.
dito dito	2 M.	151 bz.
London 1 Lst.	3 M.	6. 24⅛ bz.
Paris 300 Frcs.	2 M.	81¼ bz.
Wien 150 Fl.	8 T.	83¾ bz.
dito	2 M.	83 bz.
Augsburg 100 Fl.	2 M	56. 24 G.
Leipzig 100 Thlr.	8 T	99⅞ G.
dito dito	2 M	[illegible] G.
Frankfurt a. M. 100 Fl.	2 M	56.26 G.
Petersburg 100 S.-R.	3 W	92½ bz.
dito dito	3 M	90⅞ bz.
Warschau 90 S.-R.	8 T	83⅛ bz.
Bremen 100 Thlr. Gold	8 T	111⅜ bz.

⁂ [Personalien.] Pfarrer Jos. Olbrich in Bielau als Actuar des Archipresbyterats Neisse. — Pfarr-Adm. Rud. Wolke in Primkenau als Pfarr-Adm. nach Milkau und Kreis-Vicar nach Freystadt. — Capl. Rob. Schwiderki in Kl.-Oels als solcher nach Schmottseiffen. — Capl. Ferd. Merz in Schmottseiffen als solcher nach Kl.-Oels. — Weltpr. Paul Kublik in Karlubietz als Capl. an das Kloster der Barmh. Brüder in Neustadt. — Kreis-Vicar Karl Schreiber in Freystadt als solcher nach Grüssau.

Privatlehrer Paul Hielscher in Breslau als Adjv. nach Marienau, Kr. Ohlau. — Adjv. Fr. Hansel in Marienau als solcher nach Alt-Wansen, Kr. Ohlau. — Lehrer Ed. Groß in Bauerwitz als I. Lehrer und Chorrector nach Ober-Glogau. — Lehrer Joh. Lammel in Kramsk als Adjv. nach Gläsen, Kr. Leobschütz. — Adjv. Paul Engel in Schlaup als Substitut nach Tschirnitz, Kr. Jauer. — Adjv. Jos. Werner in Gläsen als solcher nach Friedland, Kr. Falkenberg. — Adjv. Jos. Schneider in Gr.-Carlowitz als Schullehrer nach Arnsdorf, Kr. Falkenberg. — Adjv. Joh. Thiell in Mokrolona als solcher nach Gogolin, Kr. Gr.-Strehlitz. — Adjv. Othmar Zimmermann in Ottmuth als solcher nach Tarnau, Kr. Oppeln. — Adjv. Heinrich Nowack in Gogolin als solcher nach Ottmuth, Kr. Gr.-Strehlitz. — Adjv. Val. Piontek in Tarnau als solcher nach Mokrolona, Kr. Gr.-Strehlitz.

Verantwortlicher Redacteur: Dr. Stein.
Druck von Graß, Barth und Comp. (W. Friedrich) in Breslau.